

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag
mittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der
Abonnementspreis beträgt bei Lieferung
durch die Boten frei ins Haus halbjährlich
100 Mark, Einzelverkaufspreis 8 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzei-
gelte Zeile ober deren Raum 24 Mark
für Verammlungen, Arbeits- und Wohnungs-
anzeigen 22 Mark, für Reklamen 75 Mark
Beilagegebühr für 1000 Stück 375 Mark.
Geschäftskette: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tagzeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 264.

Freitag, 10. November 1922.

29. Jahrgang.

Bechlussfassung der Reparationskommission am Dienstag? Nach dem großen Radschlagen.

Berlin, 9. November.

Die Reparationskommission hat der Reichsregierung als Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge ein Bestätigungs-schreiben zukommen lassen, in dem sie u. a. sagt, daß sie auf Grund des Inhalts der deutschen Stabilisierungspläne und mit Rücksicht auf sonstige Erwägungen in Paris in kurzer Zeit zur Beschlussfassung zusammentreten wird. Wie der „Soz. Parlamentsdienst“ mitteilt, ist die Beschlussfassung der Reparationskommission wahrscheinlich schon am kommenden Dienstag zu erwarten. Die ersten Beratungen in Paris beginnen am Montag vormittag.

Die deutschen Vorschläge haben, wie uns kürzlich zuverlässig mitgeteilt wird, auf die maßgebenden Mitglieder der Reparationskommission keinen ungünstigen Eindruck gemacht, wenn auch von vereinzelter Seite noch konkretere Pläne gewünscht worden wären. Allgemein kann man sagen, daß der Aufenthalt der Reparationskommission in Berlin zum mindesten die Möglichkeit einer Verständigung gezeigt hat. Diese Verständigungsbasis nicht zerstören zu lassen, muß jetzt die erste weitere Aufgabe der Reichsregierung sein, die sich der Unterstützung großer Teile des deutschen Volkes bewußt sein kann. Die Kreise, die bisher aus der Not des deutschen Volkes ihren Nutzen zogen, sind eifrig beim Minenlegen. Statt Schutz des Mittelstandes üben sie weiter eine Politik der Zerstörung. Wir nehmen den Kampf um den Achtstundentag auf und werden ihn in schärfster Form zu Ende führen. Boreist aber sei gesagt, daß wir uns weder wirtschaftlich noch politisch eine Arbeitsgemeinschaft mit den Kreisen möglich ist, die uns den Kampf um die wichtigste Errungenschaft der Republik aufgezwungen haben.

Die Reparationskommission reist am Freitag nachmittag um 2 Uhr von Berlin ab. Die einzelnen maßgebenden Mitglieder werden sich vorher vom Reichskanzler und Reichsfinanzminister verabschieden.

Poincaré verlangt Finanzkontrolle.

U. Paris, 9. November.

In der Aussprache des Senats über die Interpellation Huberts ergriß am Nachmittag kurz nach 5 Uhr Poincaré das Wort. Er betonte u. a., Frankreich war niemals gegen eine internationale Anleihe, die es Deutschland erlauben würde, sich im Voraus eines Teiles seiner Schulden zu entledigen. Aber Frankreich war der Ansicht, daß zunächst eine Kontrolle über die deutschen Finanzen eingerichtet werden müsse. Wenn es nur von uns abhängt, so fuhr Poincaré fort, so würde diese Kontrolle, die die Reparationskommission jetzt in Berlin zu erreichen versucht, schon seit langem verwirklicht sein. Poincaré las dann die Rede vor, die er vor dem Senat im Juni dieses Jahres über die Frage der Reparationen gehalten hat. Er gab im Anschluß daran eine historische Darlegung der Verhandlungen in London, die an der Haltung der damaligen englischen Regierung gescheitert seien. Zum Gegenstand der Debatte zurückkehrend rief Poincaré aus, eine Ergreifung von Pfändern durch Frankreich allein würde nicht denselben moralischen Wert und auch nicht dasselbe finanzielle Ergebnis haben, wie eine gemeinsame Ergreifung von Pfändern durch die Alliierten. Die verbündeten Nationen werden auf der Brüsseler Konferenz sich über die Möglichkeiten einer Mobilisierung deutscher Schuld auszusprechen haben. Ich will mich an die Idee eines Einzelpfandes nicht klammern, aber wenn wir keine Genehmigung erhalten, so wird uns nichts hindern können, die Ausführung unserer Rechte lieber allein zu verfolgen, als daß wir darauf verzichten, bezahlt zu werden.

Einberufung des Reichstages am 13. November.

Berlin, 9. November.

Bei der heute vormittag beim Reichskanzler abgehaltenen Besprechung der Parteiführer einigte man sich dahin, den Reichstag für Montag, den 13. November zusammenzuberaufen. An diesem Tage wird jedoch voraussichtlich nur eine kurze Sitzung stattfinden. Für Dienstag ist die Erklärung des Reichskanzlers über die Verhandlungen mit der Reparationskommission und über die Stabilisierung der Mark vorzulegen. An den darauffolgenden Tagen werden die Parteien ihre Auffassung vorbringen. Eine vorläufige Aussprache über das gesamte Problem wird bereits morgen im Auswärtigen Ausschuss stattfinden.

Der Erfolg des Gutachtens.

Wacht die Reichsregierung endlich auf?

Als die Sozialdemokratie vor einigen Wochen ein genaues Programm für eine positive Währungs politik aufstellte, rief das bei den bürgerlichen Parteien lebhaften Widerstand und eine verstärkte Aktion gegen den Achtstundentag hervor. Die Abneigung gegen die Stabilisierung der Mark wurde durch die Stellungnahme der Reichsbank wesentlich verstärkt. Inzwischen haben die Gutachten der ausländischen Sachverständigen nicht nur den Beweis geliefert, daß das Verlangen der Sozialdemokratie nach einer aktiven Währungspolitik nicht nur politisch zweckmäßig, sondern auch wirtschaftlich durchführbar war. Sieht man von Einzelheiten ab, so schlagen die ausländischen Sachverständigen genau dieselben Maßnahmen vor, wie das soziald. Währungsprogramm, so selbst die Reichsbank, die sich bisher energisch gegen jede

Herzgabe eines Teiles ihres Goldes zu Stützungs zwecken wandte, hat sich jetzt ausdrücklich bereit erklärt, bei der Bildung eines internationalen Finanzkonjunktions zur Stützung der Mark positiv mitzumischen. Auch die Note der Reichsregierung, die ja auf dem Gutachten der ausländischen Sachverständigen basiert, bekennt sich jetzt zu der Notwendigkeit einer aktiven Währungspolitik durch die deutsche Regierung und die deutsche Reichsbank.

Bei der Besprechung der Parteiführer in der Reichskanzlei am Donnerstag vormittag wurden den Parteiführern vom Reichskanzler Dr. Brüning zunächst die Gutachten der ausländischen Sachverständigen und den Wortlaut der letzten Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission bekanntgegeben. Mit Nachdruck unterstrich dabei der Reichskanzler, daß die Note die einmütige Auffassung des Kabinetts darstelle, und ebenso deutlich brachte er zum Ausdruck, daß die ernsthafteste Förderung der Stabilisierung der Mark von jetzt ab der Leitgedanke der deutschen Politik sein müsse. Auch die Reichsbank werde bei der Erreichung dieses Zieles tatkräftig mitwirken.

Eine sachliche Aussprache über die Mitteilungen des Reichskanzlers wurde von der Konferenz nicht beliebt, da man es vorzog, sie in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Freitag zu pflegen. Bedinglich die Sozialdemokratie erklärte die Zustimmung zur Note, verlangte aber außerdem, daß jetzt die dauernde Initiative in der Währungspolitik in der Hand der deutschen Regierung bleiben müsse. Es sei dringend erforderlich, daß der Eindruck der bemuhten und tatkräftigen Anspannung aller Kräfte zur Reform der Währung auch außen hervorgerufen würde.

Die Zurückhaltung der bürgerlichen Parteiführer war auffallend. Bedinglich das Zentrum erklärte lakonisch das Einverständnis mit der Note der Reichsregierung. Eine Erklärung für diese Zurückhaltung aber liefert die Tatsache, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie und Herr Stinnes bereits alles ins Werk gesetzt haben, um die Stabilisierung der Mark zu verhindern. Stinnes hat sich im Reichswirtschaftsrat am Donnerstag nachmittag noch offen wider eifriger Zustimmung sämtlicher Industrieller als Gegner der Mark-Stabilisierung bekannt, dafür aber die Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden gefordert. Von welchen Gesichtspunkten sich diese Kreise leiten lassen, zeigt eine unvorsichtige Neuherung der „Deutschen Tageszeitung“. Sie schreibt: „Nun unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Stabilisierung der Mark für die deutsche Industrie zunächst sehr große Schwierigkeiten bringen würde, da die Spannung zwischen höherer und tieferer Währung, die ja in den letzten Jahren die Konkurrenz mit dem Ausland in bestimmendem Maße erleichterte, dann eben in Fortfall käme, entweder völlig oder annähernd.“ Der Profit ist bedroht. Deshalb will die Industrie mit Stinnes an der Spitze keine Stabilisierung der Mark. Was kümmert diese Herrschaften die Entbehrungen, ja der Tod von Hunderttausenden oder Millionen, wenn ihre materiellen Interessen gefährdet sind! Inwiefern dieses Taktgebahren dürfte es sowohl in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Freitag, als auch bei der ersten politischen Aussprache am Dienstag im Reichstagsrat zu heftigen Auseinandersetzungen kommen. Die Front ist jetzt bereits deutlich: Für oder gegen die Mark, für oder gegen die Teuerung, für oder gegen den Achtstundentag, Steuerabzug oder Steuererhöhung, das sind gegenwärtig die Gegensätze, die Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien scheiden.

Der Reichstag wird bereits am Montag zu einer kurzen Sitzung zusammentreten, um den Fraktionen am Abend die Möglichkeit zur Ausrede zu geben. Die Sozialdemokratische Fraktion ist bereits für Montag zu einer Fraktionssitzung eingeladen worden.

Rückgang des Dollarkurs bis 7800.

SPD. Berlin, 9. November.

Nach der Veröffentlichung des Sachverständigen-Gutachtens hat das Markangebot an den ausländischen Börsen sehr nachgelassen. Auch in hiesigen Finanzkreisen beurteilt man den Inhalt des Gutachtens sehr günstig. In der heutigen Börse machte sich eine merkliche Ermattung der Devisen geltend. Der Dollar stellte sich gegen Mittag etwa auf 8000. Im Handel der Devisen Paris gegen London zeigte sich ebenfalls eine Besserung des Franken, die natürlich im engen Zusammenhang mit der Erholung des Markkurses steht.

Für den Effektenverkehr blieb die Börse heute geschlossen. Es scheint aber, als ob auch hier die Hausse ihren Höhepunkt überschritten habe. Mit Ausnahme der obersten Aktienwerte waren fast alle Papiere heute eher angeboten. Ein richtiges Bild über den Umschwung wird sich erst an der morgigen Dollerbörse gewinnen lassen.

In den Kreisen, denen der Sturz der Mark erwünscht ist und die deshalb in den letzten Tagen nicht schwarz genug malen konnten, sind die etwas günstigeren Mitteilungen des gestrigen Tages über den Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission übel aufgenommen worden. Aus diesen Kreisen stammten deshalb auch die Gerüchte, die heute früh in Bank- und Börsenkreisen lebhaftes Aufsehen erregten. Danach sollte nämlich die Reichsregierung die Absicht haben, die Devisenbestände zu beschlagnahmen. Diese Gerüchte, die Vertäufe zurückhalten sollten, entbehren, wie wir mitteilen können, jeder Berechtigung und sollen offensichtlich nur dazu dienen, der Spekulation auf den Sturz der Mark neue Möglichkeiten zu liefern.

Wie wir weiter erfahren, haben sich auch bereits die zuständigen Stellen mit der angeregten Aufforderung, die brennendsten Stellen ausländischer Nationalität auszuweisen, beschäftigt. Es wird vermutlich bereits in kürzester Frist zu einem Einbrechen gegen diese Elemente kommen.

Dollar 7600.

Wieder einmal haben sich die Ärzte um das Krankenzimmer Deutschlands versammelt. Die Reparationskommission hat in Berlin getagt, mit der deutschen Regierung Verhandlungen geführt und Schriftstücke ausgetauscht. Ausländische Sachverständige von internationalem Ruf haben ihre Gutachten abgegeben. Die Reparationskommission packt nun ihre Akten zusammen und fährt nach Paris, um dort ihre Beschlüsse zu fassen.

Es ist nicht jedermanns Sache, sich mit den Fragen der Handelsbilanz, der Zahlungsbilanz, der Bilanzierung des Etats, der Schaffung werbefähiger Inlandpapiere, der banktechnischen Operationen zur Stützung der Mark, kurz, mit dem ganzen unendlich verwickelten Währungsproblem sachverständig zu befassen. Jedermann aber in ganz Deutschland bis zur letzten, sonst um Politik allzu unbefümmerten Hausfrau, fragt sich heute, wie sich die Sache weiter entwickeln wird. Wird es oder wird es nicht? Wird der Plan der Sachverständigen, wonach man künftig für lange Zeit unverändert mit 3500 Mark einen Dollar kaufen können, ausgeführt werden, oder wird auch er wieder scheitern und wird dann die Mark weiter sinken auf ein Zehntausendstel, auf ein Hunderttausendstel ihres ursprünglichen Wertes? Das ist die Frage, die sich heute jedermann vorlegt. Aber leider vermag noch niemand eine bestimmte Antwort darauf zu geben.

Gelingen oder Mißlingen des Plans hängt vor allem von der Reparationskommission ab. Sie muß vor allem die Sicherheit dafür geben, daß Deutschland wenigstens in den nächsten zwei Jahren nicht mehr mit Barleistungen geplagt wird und daß man auch nicht mit neuen Sanktionen und sonstigen Störungen der Wirtschaft kommen wird, wenn es in diesem Zeitraum auch mit den Sachlieferungen nicht mehr recht weitergehen sollte. Darüber hinaus muß in der Welt das Vertrauen bestehen, daß das gewährte Moratorium nur ein Vorspiel ist für eine bald vorzunehmende vernünftige Regelung des ganzen Reparationsproblems und daß kein Rückfall in den gewalttätigen Irrsinn der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit zu befürchten ist. Sind diese Voraussetzungen geschaffen, so muß daran gegangen werden, das internationale Bankkonjunktions auf die Beine zu bringen, das die erforderlichen Mittel von einer Milliarde Goldmark aufzubringen soll. Erst wenn dieses Konjunktions geschaffen ist und zu arbeiten begonnen hat, wird die Stabilisierung der Mark für absehbare Zeit eine vollgogene Tatsache sein. Denn wenn ein sehr zahlungskräftiges Institut da ist, das ganz unbefümmert um die Bodsprünge der Spekulation deutsche Papiere zu einem bestimmten Preise kauft und verkauft, dann besteht, solange dieser Apparat funktioniert, keine Möglichkeit, den Kurs der Mark unter dem vom Konjunktions festgesetzten Kurs herunterzubringen.

Dann wäre also die Stabilisierung der Mark erreicht, und wir hätten wieder festen Boden unter den Füßen gewonnen. Man darf aber nicht glauben, daß wir damit alle Nöte los wären und daß dann gleich ein neues glückliches Zeitalter anbrechen würde. Auch das stärkste Finanzkonjunktions kann den Kurs der Mark nur dann halten, wenn nicht die Reichsdruckerei unausgesetzt neue Massen dieses Papiergeldes fabriziert. Die Wertbeständigkeit des Geldes beruht vor allem darauf, daß Gold nur in verhältnismäßig geringen und schwer vermehrbaren Mengen auf der Erde vorhanden ist. Das Papiergeld trägt den entgegengesetzten Charakter. Es kann in unbegrenzten Mengen vermehrt werden. Geschieht das aber, dann hört es eben auf, wertbeständig zu sein. Soll das Papiergeld wertbeständig gemacht werden, so muß seine Produktion eingestellt, und es muß mit den vorhandenen Mengen haushalten werden. Vermehrungen sind höchstens in äußerst vorsichtigen und sorgfältig gewähltem Maß erlaubt. Die Stabilisierung der Mark wird also bei uns ganz neue, nicht mehr gewohnte wirtschaftliche Verhältnisse schaffen. Es wird überall mit dem Gelde ganz anders gerechnet und gespart werden, als bisher.

Der Staat wird sich von neuem fragen müssen, wie viele Beamte und wie hoch er sie bezahlen kann, wenn er mit den Steuereingängen auskommen will. Der Unternehmer wird nicht mehr damit rechnen können, daß die Lohnerschöpfung einfach auf den Wert der erzeugten Waren aufgeschlagen werden können. Er wird Angst haben, banfrott zu machen, wenn er zu teuer fabriziert. Kurz, es wird ein allgemeines Sparen und ein allgemeines Handeln und Feilschen einsehen, wobei sich harte Zusammenstöße der einander gegenüberstehenden Interessen nicht werden vermeiden lassen.

Es bleibt dann immer noch die bange Frage, wohin diese Uebergangszeit führen wird. Ist sie der Anfang eines allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges, wie er sonst noch immer, wenigstens vorübergehend, nach großen Kriegen eingetreten ist, und wird dieser wirtschaftliche Aufschwung auch den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse begünstigen? Oder werden nach Ablauf der Uebergangszeit neue unmögliche Forderungen unter neuen Drohungen an Deutschland erhoben werden, und wird dann das unglückselige Spiel des steigenden Dollars und der fallenden Mark von vorne beginnen? Das sind alles Fragen, die heute noch kein Mensch mit Sicherheit beantworten kann. Was wir aber klar erkennen, das ist die Richtung des Weges, der eingeschlagen werden muß, wenn die gegenwärtigen unglückseligen Verhältnisse überwunden werden sollen. Dieser Weg führt über das

Moratorium und die Stabilisierung der Mark zu einer vernünftigen Regelung des gesamten Reparationsproblems, zu einer Festigung des internationalen Friedens, die allen wirtschaftlichen Unternehmungen Sicherheit und Dauer verleiht, und von da zu einem kräftigen Aufstieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt. Ihre Aufgabe muß es nun sein, auf diesem Wege, der auch für sie nicht ohne Steine und Dornen ist, der aber doch der einzige ist, der übrig bleibt, die herrschenden Mächte der Welt vorwärts zu treiben.

Widerstände sind zu überwinden, außen sowohl wie innen. Schon haben Herr Stinnes und der Reichsverband der Deutschen Industrie ihren Protest gegen die Politik der Regierung angemeldet. Erste innere Kämpfe kündigen sich an, die die deutsche Arbeiterschaft auf ihrem Posten finden müssen.

Cloud George in Wales.

M. London, 10. November.

Cloud George hat gestern eine Triumphreise in seiner Heimat unternommen. Das Volk ging von den Feldern zum Zug. Auf dem Tribünen des Zuges stehend, sprach Cloud George zu der Menge. Es sei erst vier Wochen her, daß die Entscheidung gegen sein Ministerium gefallen sei. Was habe sich inzwischen nicht alles ereignet. Das Goldstück Europas sei zusammengebrochen. Frankreich, welches bei der Kunde von seinem Sturz jubiliert habe in der Hoffnung, einen günstigen Veraleich in der Reparationsfrage zu erlangen, habe sich scheitern lassen, daß sein Geld nach dem Zusammenbruch Deutschlands entwertet sei. Es sei dies das Ereignis eines Verfalls, das in Europa wieder aufgerichtet werden sollte dadurch, daß man sich eines Mannes entledige, der außerordentliche Energie und Lebensfähigkeit an den Tag gelegt habe. Cloud George habe keine Feinde, die man ihm gönnen habe, würden nicht lange dauern. Er kämpfe für eine Sache, der er sein ganzes Leben und seine ganze Kraft gewidmet habe. Er hoffe, daß das Volk von Wales im Kampf um Fortschritt und Freiheit auf seiner Seite stehen werde.

In Zürich erklärte der Ex-Premier, daß der Vertrag von Madama durch eine feste Haltung erlaubt worden sei und jetzt von den Türken gebrochen wurde. In dem Augenblick, in welchem die frühere Regierung Einlands zurücktreten ließ, hätten die Türken daraus geschlossen, daß sie es mit einer schwächeren Regierung zu tun hätten. Er hoffe, daß das Gefühl, nach welchem Lord Curzon nicht einen außerordentlich selten Charakter habe, der Mehrheit nicht entbreche, sondern daß er im Gegenteil einen überaus energiegelichen Charakter den Türken gegenüber an den Tag legen werde.

Gegen die Geheimdiplomatie!

SPD. In die Rolle, die bürgerliche Politiker Englands der Haltung der englischen Arbeiterpartei im Hinblick auf einen Krieg in Vorderasien beilegen, gibt ein Brief einen interessanten Einblick, den Lord Curzon kürzlich an den durch seine mutliche Bekämpfung der Kriegsschuldfrage bekannten Politiker E. D. Morel gelangt hat und den dieser in dem neuesten Heft der von ihm herausgegebenen aussergewöhnlichen Zeitschrift „Foreign Affairs“ abdruckt. Lord Curzon war Vorkämmerer in der liberalen Regierung des Jahres 1906. Später nahm er die hohe Stellung eines Reichsanwalts und Reichstronanzwalts ein. Der Brief lautet:

„Die schwierigste Lage, in der wir uns kürzlich am Bosphorus und an den Dardanellen befanden, wird, wie ich glaube, der Öffentlichkeit die Gefahr vor Augen geführt haben, der wir uns aussetzen, wenn wir unsere Politik und unsere Ziele weiterhin geheim halten. Es wird keine Hilfe von den Deutschen kommen, die sich noch liberale Jäger nennen. Sie begannen dieses Geheimnistum, ohne daß der Krieg von 1914 niemals gekommen wäre. Wenn die Wähler unlang genug sind, ihnen zu geben, was sie wünschen, nämlich die Macht, wiederum unsere Angelegenheiten zu führen, können wir innerhalb weniger Stunden erneut in den Krieg getrieben werden.

Nichts kann ermutigender sein, als die engherzige Haltung, die die Vorkämmerer der Arbeiter eingenommen haben. Man lasse die Wähler die gleiche Haltung einnehmen und sich weigern, weitere Kriege zu bilden, die durch die Dummheit unserer Herrschenden entstehen, und wir werden unseren Platz einnehmen als Hüter des neuen Kreuzzuges gegen den verruchten und wahnwitzigen Krieg. Die Vorstellung, daß die Arbeiterbewegung nicht jähig wären, ein Ministerium zu bilden, ist ganz einfach unsinnig. Ramsay MacDonald, Snowden und Morel würden die Geschäfte mit mehr Engherzigkeit und gesundem Menschenverstand führen, als unsere augenblicklichen Minister. Ich stimme mit einigen Ihrer Auffassungen nicht überein, vor allen Dingen mit Ihren Ansichten über die Verfassung. Aber die gegenwärtige Gefahr liegt über dieser Politik. Wenn wir es zulassen, daß unsere Außenpolitik in Zukunft so verfahren wird, wie zuvor, dann wird bald recht wenig mehr zu verhandeln sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die jetzige Haltung, die die Arbeiterpartei einnimmt, uns vor einem gefährlichen und endlosen Krieg bewahrt hat. . . Meine Gesundheit läßt es nicht zu, den Anteil an den schwierigen Aufgaben des Parlamentes zu nehmen, den ich mir wünsche. Aber wie unzulänglich meine Kräfte auch sind, ich kann mich nicht enthalten, ein nüchternes Bild der Folgen zu geben, die aus der Fortsetzung unserer gegenwärtigen Regierungspolitik entspringen.“

Die wachsende Kohlennot.

Einblick in die Beratungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission über die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente macht Geh. Ob.-Rat Dr. Krohne vom Preussischen Reichsfinanzministerium Ausstellungen über die ernste Bedrohung unserer Volksgesundheit durch die wachsende Kohlennot, die von allgemeinem Interesse sind und verdienen nachdrücklich wieder gegeben zu werden. Geh. Rat Krohne wies an der Sitzung nach, daß die Stabilität, die sich nach dem Kriege infolge besserer Ernährung unseres Volkes allmählich wieder vermindert hatte, neuerdings wieder ansteige, und daß die vermehrte Beschäftigung in der Hauptfrage auf eine bedenkliche Vermehrung der Erkrankungen und Todesfälle an Erschöpfung zurückzuführen sei. Er betonte deshalb, daß es eigentlich erforderlich sei, unsere Rolle, namentlich den unbedingten Kohlenlieferungen, im kommenden Winter mehr Kohlen zu liefern, als bisher möglich war, um ein weiteres Ansteigen der Erkrankungszahlen zu verhindern. Dies sei umso mehr erforderlich, als gerade infolge der zunehmenden enormen Zerstörung unserer Lebensmittel werde Schichten unseres Volkes beschaffen, die nicht mehr in der Lage wären, sich das Nötigste, notwendige Bedarfs an Fett zu verschaffen. Gerade ein Mann, der mit jener ernsten Kenntnis habe über ein erschöpftes Vorkriegsstand und sei deshalb Erfahrungen in belebenden Mäßen angelesen. Unter diesen Umständen würde eine Minderleistung von Kohlen an die Entente unabweisbar gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Wenn die Entente vor uns häufig & häufiger Jänner Kohle monatlich mehr verlange und erhalte,

so müßte das die Wirkung haben, daß bei einer Annahme des Heizbedarfs einer Familie von nur 3 Zentnern Kohle monatlich etwa 1700 000 deutsche Familien keine oder keine genügende Kohle erhalten könnten, deshalb frieren und zu nicht geringen Teile an Erkrankungen erkranken oder sterben müßten.

Geh. Rat Krohne kam deshalb zu dem Ergebnis, daß jede Mehrablieferung von Kohlen an die Entente vom Standpunkt der Volksgesundheit aus unerträglich sein würde.

Der Kampf um die Umlage.

Der Kampf um die Stützung der Mark nimmt jetzt, wo man bei der Entente auf einiges Entgegenkommen rechnen kann, im Inland verhärtete Formen an. Wir wiesen schon an anderer Stelle darauf hin, daß die Schwerkindustrie auf ihren bisherigen Vorkriegsgewinnen nicht auszurufen gekommen ist. In dieser Tonart kritisiert auch die „Deutsche Allgem. Ztg.“ die Antwort der Reichsregierung an die Reparationskommission, indem sie unter dem Titel „Fortwursteln“ u. a. schreibt: „Diese Lösung des Problems ist eine Verleugungsaktion schlimmster Art. . . Ein derartig verwilligter Wirtschaftskörper wie der deutsche aber muß mit produktions-technischen Mitteln behandelt werden. Die deutsche Wirtschaft muß durch größte Intensivität der Arbeit aller Schichten des Volkes aus sich heraus gehoben. Die Stabilisierung der Mark wird dann zu einer Nebenfrage. . . Man fordert hier also ganz unüberblümt Mehrarbeit nach Stimmeschem Rezept. Dabei sieht man sogar in der Kritik über alles das hinaus, was man auch von der amtlichen Politik der Deutschen Volksparteier erwarten konnte. Denn gerade umgekehrt, wie die „D. A. Z.“ äußert sich das Organ der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit“, zu der Frage. Sie schreibt: „Nur wenn Deutschland auf dem von den Sachverständigen angegebenen Wege wieder zu einer Vorkriegsleistung gelangt, kann es Entschädigungen leisten und damit Frankreich aufessen. Im anderen Falle gibt es keine Möglichkeiten mehr, eine Wirtschaftskatastrophe von unübersehbarer Tragweite abzuwenden.“ Das stimmt doch ganz anders. Hier erkennt die „Zeit“ an, daß eine Währungsreform die Voraussetzung zur Wiederanfrischung der deutschen Wirtschaft ist. Die Schwerkindustrie erhebt die Forderung, daß die Kosten für die Stabilisierung der Mark auf die arbeitende Masse ohnehin, indem sie von ihr Mehrarbeit fordert, genau wie sie schon früher die Reparationen mit der Kaufkraft der freien Masse bezahlt hat, die das Preisniveau der Karte über sich erheben lassen mußte. Es ist immerhin bemerkenswert festzustellen, daß innerhalb des volksparteilichen Lagers die Meinungen entgegengesetzt sind.

Änderung der Einkommensteuer entsprechend der Markentwertung.

Berlin, 9. November.

Der Reichsrat hat die von der Regierung eingebrachte Novelle zum Einkommensteuergesetz gegen die Stimme Thüringens angenommen. Die Vorlage enthält u. a. folgende Änderungen des geltenden Gesetzes für 1923: Die Grenze des steuerbaren Einkommens, für das nur 10 Prozent zu erheben sind, wird auf das vierfache erhöht. Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 Mark für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 Mark beträgt, und um je 4800 Mark für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 Mark nicht überschreitet.

Für 1922 wurde in der Regierungsvorlage lediglich der allgemeine Steuertarif etwas ermäßigt. Der Betrag, bis zu dem die Steuer nur 10 Prozent beträgt, wurde von 100 000 auf 250 000 Mark erhöht. Die Abzüge von der allgemeinen Einkommensteuer für 1922 sollen betragen je 340 Mark monatlich für den Ehemann und die Ehefrau und je 610 Mark für jedes Kind.

Herrn v. Knilling's Programm.

SPD. München, 9. November. (Sig. Drahtber.)

Herr von Knilling, der neue bayerische Ministerpräsident, stellte am Donnerstag dem Landtag sein Ministerium vor, dessen Zusammenlegung bis auf keine Verion die alte bleibt. Das Handelsministerium, auf das die Deutschnationalen Anspruch erheben hatten, bleibt bis auf weiteres unbelehrt. Jedoch ist seine künftige Stellung in Aussicht genommen. Das bedeutet einen Wink an die Demokraten, den Anstoß nicht zu verpassen. Nach einer andern Version soll der Staatsrat Meinel zum Handelsminister ernannt sein.

Die Programmrede des neuen Ministerpräsidenten erhob sich nicht über den Rahmen des allgemeinen üblichen. Knilling erklärte, daß er sehr wohl die gemischten Gefühle kenne, mit denen er empfangen werde. Nicht ein jeder Mensch könne die Ernennung erfüllen, die gewöhnlich an einen neuen Mann gestellt werde. Abhebbend sei für ihn das Koalitionsprogramm, das die Reichsregierung am 16. Juni 1920 dem Landtag vorgelegt habe. Er wolle von vornherein gegen jede Anweisung der Reichsregierung über die Verweigerung einlegen. Der Kampf im Sommer dieses Jahres sei eine aufgedrungene Abwehr des Reichs gewesen, um sein freies Eigenleben zu sichern. Die Reichsregierung sei nicht unabweislich. Das Ideal der alten bayerischen Verfassung müsse wieder erheben. Natürlich im Wege des Gesetzes. Die Reichsregierung habe es in der Hand, durch ihre Rückfaltung die Reichsregierung zu stärken. Der Kampf gegen den Nationalismus sei ein alter Kampf uns Recht. Der Ministerpräsident betonte, erster Wille sei von beiden Seiten nicht, um die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, erscholl von allen Seiten des Hauses lebhaftes „Sehr richtig!“ Er erwiderte weiter ausdrücklich, unter letztem Brano der Reichsregierung die Politik und Wirtschaft Bayerns werden sich auf dem Wege finden. Seine Bemerkungen gegen die Ermittlungspolitik und der Reichsregierung betonen sich in oemohnten Geleiten. Die Reichsregierung zu den unbedenklichen Nachbarn und zum „heiligen Stuhl“ zu letzterem im Hinblick auf den Wähl eines Kontrahats, lassen besonders gepöhlert werden. Knilling kündete ferner die auf dem Paritätstag der Bayerischen Volkspartei gehaltenen Vorkriegsbesprechungen an: Schärfer Abgrenzung der Reichsregierung von Landtag und Regierung: Entscheidung des Reichsministeriums und des Reichsministeriums; Schaffung eines Staatsministeriums, um in der Hand der parlamentarischen Entscheidung einen ruhenden Pol zu schaffen. Er kündete ferner Reichsregierung oder alle an, die die Staatsminister durch gemeinsame Entscheidung der Reichsregierung anzuweisen haben und sich zu den beiden Parteien hin vorfinden könnten, wenn man sich nicht über den Reichstag hinaus nehmen dürfe. Knilling kündete ferner die auf dem Paritätstag der Bayerischen Volkspartei gehaltenen Vorkriegsbesprechungen an: Schärfer Abgrenzung der Reichsregierung von Landtag und Regierung: Entscheidung des Reichsministeriums und des Reichsministeriums; Schaffung eines Staatsministeriums, um in der Hand der parlamentarischen Entscheidung einen ruhenden Pol zu schaffen. Er kündete ferner Reichsregierung oder alle an, die die Staatsminister durch gemeinsame Entscheidung der Reichsregierung anzuweisen haben und sich zu den beiden Parteien hin vorfinden könnten, wenn man sich nicht über den Reichstag hinaus nehmen dürfe.

Die Rede über die Programmrede soll am Dienstag beginnen. Als Redner der Reichsregierung der Sozialdemokratischen Partei und die Reichsregierung und Reichsregierung. Die Praxen der SPD hat unter anderem über die Ernährungsfrage erörtert.

Bergarbeiterlohn und Kohlenpreis.

SPD. Ueber das Kapitel „Bergarbeiterlohn und Kohlenpreis“ wird sehr viel und leider zumeist Unzutreffendes geschrieben. Die den Zehnen nachstehenden Zeitungen behaupten, daß die Bergarbeiter die freibende Kraft bei der Erhöhung der Kohlenpreise sind. Den Beweis für diese Behauptungen müssen sie schuldig bleiben, weil eine objektive Prüfung der Tatsachen zu einem ganz anderen Resultat gelangt.

Bis zum August 1922 betrug der Lohn- und Gehaltsanteil am Zechenerlös — von geringen Schwankungen abgesehen — immer 60 Proz., der Rest entfiel auf Betriebsunkosten und Gewinn. Im Februar 1922 kostete z. B. die Zettelförderkohle 468,10 Mark pro Tonne. Dieser Verkaufspreis wurde aber den Zechen nicht voll zugeführt, sondern für Kohlen- und Umsatzsteuer, für Heimstättenbau und Handelsrabatt rund 106,23 Mk. beansprucht, so daß die Zechen 361,87 Mk. pro Tonne Zettelförderkohle vereinnahmten. Die Lohnbelastung betrug für Arbeiter und Beamte 230,80 Mk. pro Tonne, das sind 63,90 Proz. des Zechenerlöses, so daß den Unternehmern 36,10 Proz. oder 131,70 Mk. zur Bestreitung aller sonstigen Kosten verblieben. Zwischen Zechenerlös und Kohlenverkaufspreis muß streng unterschieden werden, da der Kohlenverkaufspreis öffentliche Abgaben enthält, die nicht den Bergarbeitern und nicht den Zechen, sondern der Allgemeinheit zugute kommen. Im Februar waren also im Kohlenverkaufpreis pro Tonne enthalten: 49,37 Proz. Lohn- und Gehaltsanteile, 28 Proz. für Betriebskosten, Abschreibungen und Gewinne und 22,99 Proz. Abgaben und Steuern. Der Lohn war im Durchschnitt um 3,90 Proz. über den normalen Anteil von 60 Proz. am Zechenerlös hinausgegangen. Bei der neuen Preisregelung am 1. März wurde diese Differenz wieder ausgeglichen. Von da ab änderte sich aber das Verhältnis immer mehr zugunsten der Gehalts- und Lohnanteile. Im März 1922 betrug der Lohn- und Gehaltsanteil nur noch 44,78 Proz., während sich der Anteil für die Betriebsunkosten und Gewinne auf 31,77 Proz. und der für Abgaben und Steuern auf 23,45 Proz. erhöhte. Im August gestaltete sich das Verhältnis noch ungünstiger. Für die Löhne wurden nur noch 40,93 Proz., für die Betriebsunkosten und Gewinne 24,16 Proz., für die Abgaben und Steuern aber 34,91 Proz. des Kohlenverkaufspreises verausgabt. Ab 1. November aber werden von dem Verkaufspreis für Zettelförderkohle nur noch 28,77 Proz. auf die Löhne und Gehälter, dagegen 38,10 Proz. auf Unkosten und Gewinne und 33,13 Proz. auf Steuern, Abgaben und Handelsrabatt entfallen.

Diese durch nichts zu bestreitenden Zahlen zeigen, daß

1. der größte Anteil von Zechenerlös und vom Kohlenverkaufspreis den Unternehmern verbleibt;
2. der Anteil der Abgaben und Steuern gleichfalls wesentlich den Lohn- und Gehaltsanteil überstiegen hat;
3. für Gehälter und Löhne der geringste Anteil vom Zechenerlös und vom Kohlenverkaufspreis beansprucht wird.

Aus der Tatsache, daß die Unternehmer den größten Anteil erhalten, kann aber nicht so ohne weiteres geschlossen werden, daß sie ihre Gewinne in gleicher Weise gesteigert haben. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die Mehrerlöse der Zechen aufgebraucht werden durch die geradezu fabelhafte Steigerung der für den Grubenbetrieb unentbehrlichen Materialien, die keiner Beschränkung im Preise unterliegen, sondern sich in voller Preisfreiheit bewegen. So haben sich z. B. in der Zeit vom Juli bis Oktober die Preise für Kiefern-Grubenholz von 3000 auf 20 000 Mark, für Grobbleche von 18 000 auf 128 000 Mk., für Grubenbahnen von 15 500 auf 102 000 Mk. erhöht.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wodurch die Preisbremse bei der Kohle angebrochen wird, wenn die Werte förderfähig bleiben und die Betriebskosten im Interesse der Bergleute aufrecht erhalten werden sollen. Sie zeigen aber auch der Öffentlichkeit, wie falsch es ist, immer wieder zu behaupten, die Lohnsteigerungen seien schuld an den hohen Kohlenpreisen. Umgekehrt liegen die Dinge: die Preise steigen so rasend, daß keine Lohnsteigerung imstande ist, sie jemals einzuhaken. Von dem Bergarbeiter wird eine Steigerung der Produktion gefordert, in der Kohle liegt die Kraft, die unser Wirtschaftsleben aufrechterhält. Wenn der Anteil der Bergarbeiter an den von ihnen geschaffenen Werten immer mehr sinkt, dann muß auch ihre Arbeitskraft, damit ihre Förderleistung und die Produktivität unserer ganzen Wirtschaft sinken.

Was die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft fordert.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der u. a. die „Umbildung der Regierung“ besprochen wurde. Wie wir erfahren, verständigten sich die Vertreter der Parteien in der Arbeitsgemeinschaft dahin, in den Reden anlässlich der voraussichtlich am Dienstag beginnenden großen politischen Debatte übereinstimmend eine Erweiterung der Regierung zu fordern. Allem Anschein nach seien diese Forderungen jedoch nicht besonders tragisch zu nehmen; ebenso wird von ihnen die Existenz des Kabinetts Wirth kaum abhängen.

Bombenanschlag in Leipzig.

Das Volkshaus gefährdet.

Leipzig, 9. November.

In der Nacht vom 8. zum 9. November, 11,50 Uhr, wurde am Volkshaus, Zeiger Straße, eine Explosion verursacht, die glücklicherweise nur geringfügigen Sachschaden angerichtet hat, während Personen nicht verletzt worden sind. Am Tor des Haupteinganges wurden die Ueberreste einer offenbar mit Schwarzpulver gefüllten Ladung vorgefunden. Der Druck war so groß, daß fünf große Scheiben an den Aufgängen zum Café zertrümmert wurden, obwohl das Portal vorn und hinten offen war. Der oder die Täter sind noch nicht ermittelt.

Der neue französische Botschafter. Der neue französische Botschafter in Berlin, de Motgerie, wird sein neues Amt erst Ende November antreten. Sein Nachfolger, der bisherige Direktor im Außenministerium Maurice Herbet, kann wegen der laufenden Geschäfte nicht vor Mitte November nach Brüssel übersiedeln.

Der „Fall Bazille“, der in diesem Sommer durch den Genossen Keil im Reichstag zur Sprache kam und damals großes Aufsehen erreichte, dürfte nunmehr auch die Gerichte beschäftigen. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags hat beschlossen, das Plenum zu eruchen, die Genehmigung zur Strafverfolgung und zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Bazille zu erteilen.

Die Demokratie als Frucht der Revolution.

Wenn unsere Presse nun schon seit einer Anzahl von Jahren im Gebanfen an den revolutionären November 1918 wahrheitsgemäß feststellt, daß kaum jemals ein byzantinisch angelegener Monarch und sein politisches System so lang- und kluglos von seinen Satrapen in Stuch gelassen wurde wie Wilhelm II. und seine Monarchie, so antwortet es im Lager der Rechten regelmäßig mit Tönen des empfindsamsten Beleidigten. Und doch spricht die Sozialdemokratie mit jenen Feststellungen einfach nur Tatsachen aus. Die Uhr des deutschen Kriegswiderstandes und Wilhelms II. als obersten Kriegsherrn und Gottesgnadenmonarchen war bis zur letzten Federkraft abgelaufen. Die Ueberzeugung davon war bei allen urteilsfähigen Menschen in allen Lagern und allen Schichten allgemein. Deshalb haben auch diejenigen für das bis zum letzten Kartenblatt verspielte Stück keine Lippe mehr riskiert und keine Hand mehr gerührt, die heute wieder längst so tun, als ob sie noch jederzeit bereit gewesen wären, sich für ihren König zum Opfer zu bringen. Sie sollten ehelicherweise das zugeben, was dem, der es mit erlebt hat, keine Wortabulstifft hinwegwischen kann.

Für den Zustand des vollständigen Am-Ends-Seins und der allgemeinen Detourne hier nur zwei kurze Hinweise aus der duzendfältigen Menge der Beweise. Divisionsgeneral Kabitsch beschrieb in der „Kölnischen Zeitung“, wie am 9. November 1918 die Frontoffiziere im großen Hauptquartier in Spa zusammenberufen waren. Hindenburg war zugegen; die Generalsstabs-offiziere Oberst Heye und Major v. Stülpnagel referierten; sie formulierten die Situation folgendermaßen: „Die allgemeine militärische Lage sei durch den Zusammenbruch Oesterreichs hoffnungslos geworden: Der Einmarsch in Süddeutschland steht den Italienern offen, wir haben ihnen keinerlei Reserven mehr entgegenzustellen. Aus diesem Grunde müssen wir jeden Waffenstillstand annehmen wie er auch ausfallen möge; wir sind dem Diktat des Gegners preisgegeben.“ So das Urteil im großen Hauptquartier. Wie aber in Berlin, wo die Strategen aus dem Lager Helfferich-Westarp usw. operierten. Scheidemann, der damals das ganze Defektwerden und völlige Stoppen der alten Staatsmaschinerie gewissermaßen direkt im Maschinenaal von Etappe zu Etappe mit erlebte, schildert in seinem Buch geradezu erschütternd, wie sich der Helfferich-Westarp um in jenen Tagen nicht nur die eine überwältigende Stimmung bemächtigte: „Du rettest den Freund nicht mehr!“ sondern wie die ganze nationale Garde auch das „Zurück“ befolgte und sich seitwärts in die Büsche schlug. Noch mehr: Die „Politik“ verlegte Lubendorff einen gewaltigen Fußtritt, die „Deutsche Zeitung“ begeisterte sich für die schwarzrotgoldenen Farben, die „Kreuzzeitung“ entfernte ihr „Mit Gott für König und Vaterland“ vom Kopfe des Blattes, die „Deutsche Tageszeitung“ legte dar, daß die Monarchie verschunden sei, weil sich ihre Träger als Schwächlinge und Unfähige erwiesen hätten, und die am meisten schrien nach Ordnung und Gehert als den Mann priesen, der geeignet sei, diese Ordnung herbeizuführen, das waren gerade die mutigen Davonlaufer aus der Letze der Rechtsparteien.

Die Ordnung hat sich das Volk geschaffen in der freiheitlichen, demokratischen Verfassung, auf die die Sozialdemokratie vom Tage des Sturzes des alten Regiments an hingewirkt hat. Am 31. Juli 1919 wurde die republikanische deutsche Reichsverfassung von der Nationalversammlung in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Schon vor mehr als einem Jahrhundert, bei den sogenannten Befreiungskriegen war dem Volke von den Fürsten feierlich eine freiheitliche Verfassung versprochen worden, wenn es den Feind zum Lande wieder hinausjagen würde. Das Versprechen ist nicht gehalten worden. Auch im Revolutionsjahr 1848 wurden die Wünsche des Volkes nicht erfüllt. Die Fürsten, das Junkertum, die Arme, die Beamten bekamen das Heft wieder in die Hand. Das Volk in seiner Masse war politisch nicht reif. Das aufstrebende Bürgertum aber, die werdenden Industriellen, machten bald wieder ihren Frieden mit der Fürsten- und Beamtenreaktion und begnügten sich mit den Freiheiten, die ihnen die ungehemmte Ausbreitung ihres neuen Wirtschaftssystems gesantert. Dieses Wirtschaftssystem schritt fort und erforderte die verfassungsmäßige Zusammenschweifung der noch in getrennter

staatlicher Selbständigkeit fortbestehenden deutschen Länder. Bis-marsch, der diese Zusammenschweifung in der deutschen Reichsverfassung von 1871 bewirkte, ließ dabei die Fürsteninteressen, voran das Interesse des Hohenzollernhauses nicht zu kurz kommen, sondern wiederum ausschlaggebend auch dies neue Verfassungswort beherrschten. „Seine Majestät der König von Preußen... Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein... schließen einen engen Bund“... so lauten die Eingangsworte der 1871er Verfassung des Deutschen Reiches. Als Scheidemann die deutsche Republik ausrief, lag die Verfassung der Majestäten und Königlichen Hoheiten in Trümmern. Wirtschaftlicher und militäristischer Imperialismus hatten den Weltkrieg heraufbeschworen. Der deutsche Militarismus wurde total befestigt, in seine eiserne Herrschaftsorganisation, in alle Machtverhältnisse der herrschenden Klassen kam der Zusammenbruch. Der einzige Machtfaktor, der nicht diesem Zusammenbruch verfallen war, war das organisierte Proletariat. Es war klar, daß es, als es die politische Herrschaft übernehmen mußte, sich eine ganz andere Verfassung als die der zusammengebrochenen Schichten zu geben hatte. Es gab sich die Weimarer Verfassung, es erklärte, Deutschland ist eine Republik, alle Macht geht aus vom Volke. „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben“, so lauten die Eingangsworte der Verfassung der deutschen Republik. „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ so beginnt diese neue Verfassung im Artikel 1. Damit ist eine deutsche Verfassung errichtet, eine freiheitliche, die nirgendwo dem Volke von Fürsten gebracht werden kann. Jahrzehntelang hat das Proletariat gegen verfassungsmäßige Diktatur von oben und gegen Scheindemokratie gekämpft, an dem Tage, da es die politische Macht bekam, hat es die Demokratie ausgerichtet in der Erkenntnis, daß seine weitergehenden Ziele, die Verwirklichung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse im Sinne der Entwicklung zum Sozialismus durch keine irgendwie geartete Diktatur erreicht werden kann. Diese Erkenntnis gilt es jetzt zum Gemeingut jedes einzelnen Proletariats zu machen; es gilt mit demokratischen Mitteln eine sozialistische Volksmehrheit zu zeitigen. Die bisherigen Wahlen haben noch keine solche Mehrheit ergeben; 45 Prozent aller abgegebenen Stimmen waren auf sozialistische Parteien vereint, während das Bürgertum, alle nicht-sozialistischen Schichten, 55 Prozent auf sich vereinigten. Noch etwa 6 Prozent neuer Anhänger, und die Sozialdemokratie hätte eine Mehrheit des Volkes hinter sich.

Manches hat sie bisher schon erreicht, und wenn die Verhältnisse unendlich sind, trägt daran etwa Schuld die bisherige Mitverantwortlichkeit der Sozialdemokratie in der Regierung, oder trägt die Schuld daran etwa die Verfassung? Alles, was in dieser furchtbaren Krisis der Nachkriegszeit in Erscheinung tritt, ist darauf zurückzuführen, daß wir den Krieg verloren haben und daß aus den Siegerländern uns die Bedingungen diktiert werden von Leuten der gleichen Art wie unsere Kriegsverantwortlichen, Imperialisten und Revandepolitiker in Deutschland. Diese Kreise wuchern, zu den Reparationen über Reparationen, die man von uns fordert, Deutschland im Bärengetriebe aus, und in diesen reaktionären Kreisen strebt man auch mit allen Mitteln nach der Beseitigung der neuen Verfassung. Erzberger, Rathenau wurden zu Blutzengen der Verfassung, der Rapp-Butsch, das Attentat auf Scheidemann, die Todesdrohungen gegen Brüch, die Verleumdungsflut gegen den Reichspräsidenten, gegen jede an leitender Stelle stehende, das neue System stützende Person, es sind alles Beweise dafür, daß man im Lager der Reaktion vor den verbrechlichsten Mitteln nicht zurückschreckt, um ihr Ziel zu erreichen. Das organisierte Proletariat aber, das freiheitsliebende Volk, es muß aus innerer Ueberzeugung den Standpunkt vertreten: Kampf allem, was der Republik feindlich ist! Nieder mit allen Mordorganisationen! Hoch die demokratische Republik, die es ermöglicht, die Lage Deutschlands und der arbeitenden Massen in mühsamer Neuschöpfung wieder zu heben! Das organisierte Proletariat, das freiheitsliebende Volk, es muß bereit sein, die politischen Erzeugnisse der Revolution mit Händen und Füßen zu verteidigen, dann wird keine Macht sie ihm entreißen. Gregor.

Bayern, der Faschistenstaat.

Völkische Verherrlichung der „Ordnungsstelle“.

Wenn die sozialdemokratische Presse auf die bayrische Faschistenjahre hinweist, so antwortet die Münchener Bürgerpresse, das sei nichts als eine verlogene Heze gegen Bayern. Inzwischen sprechen die Völkischen ganz unverhüllt aus, daß sie ihr faschistisches Heil aus Bayern erwarten. So veröffentlicht die „Meklenburger Warte“ an leitender Stelle den Nachdruck eines Artikels Dr. Stablers aus dem „Gewissen“, der mit folgenden Sätzen schließt:

Außerhalb der Parteien liegen die Kräfte der Nation. Ihr Selbsthaltungstrieb schwillt allmählich zum nationalen Kraftwillen. Links regt sich immer wieder ein kräftiger Sowjetfaschismus und zwischen beiden fühlen wir das Wirtschaftsjahwendum von Stinnes, der die große Koalition in seinem Machtpfiff benützt. Bayern entwickelt sich zu einem faschistischen Stammesstaat, in Ost- und Westpreußen bräutet Bauerndunst, Junferblut und die Seele der Frontsoldatenmassen zu einem neuen Machtgebilde zusammen. Durch das Rheinland und Saargebiet geht ein Erwehren von dunkler Kraft.

Chaos ist latent schon lange. Nur daß die parlamentarische Hülle jetzt zerreiht. Das Land sucht neue Form. — Unter furchtbaren Wehen ein großes Gebären. Die Saat, die Herr Hergt auf dem deutschnationalen Parteitag in Gölzig gesät hat, geht herrlich auf.

Hugo Haases Tobestag.

In dieser Woche sind es drei Jahre, seit Hugo Haase, nach vierwöchigem schmerzreichen Krankenlager, den Verletzungen erlag, die ihm ein irrsinniger Mordmörder beigebracht hatte. In schwerer, bitterster Situation verlor das deutsche Proletariat einen seiner besten Führer, der in den Stürmen des Krieges und der Revolution stets klaren Blick, eisernen Kampfeswillen und sozialistische Erkenntnis bewahrt hatte.

Schmerzlich empfinden wir noch heute die Lücke, die Haases Tod in den Reihen der Führer des deutschen und internationalen Proletariats gerissen. Um so schmerzlicher, als mindestens ein Wunsch Hugo Haases inzwischen in Erfüllung gegangen ist — die Einigung des sozialistischen Proletariats. Haase war es nicht vergönnt, Zeuge der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien zu sein. Wir wirken aber in seinem Sinne, wenn wir unverdrossen und unermüdet daran arbeiten, die lange Zeit gespaltenen Teile der sozialistischen Arbeiterbewegung zu einem festen, einheitlichen Körper zusammenzuschweißen, der, getragen von sozialistischer Erkenntnis und unbeugsamen Kampfeswillen, die Ziele des Proletariats zu verwirklichen vermag.

Volkswirtschaft.

Kartoffelnotierung.

Hamburg, 10. November.

Als in den Erzeugergebieten gesahlte Erzeugerpreise für Kartoffeln ab Vollbahnstation sind am Donnerstag festgestellt worden: Weiße Kartoffeln 575/600 Mk., rote 500/525 Mk., gelbe Industrie 650/700 Mk. pro Zentner.

Devisen-Kurse.

Berlin, 10. November.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

9. November. 8. November.

Amsterdam	1 fl.	2892.75	3551.10
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	488.90	518.71
Kristiania	1 Kr.	1476.30	1715.70
Kopenhagen	1 Kr.	1615.95	1825.42
Stockholm	1 Kr.	2184.85	2488.88
Helsingfors	1 Finn. Mk.	192.51	287.40
Rom	1 Lire	324.18	384.03
London	1 £	34912.50	40398.75
New York	1 Doll.	7780.50	9127.12
Paris	1 Frs.	458.55	558.61
Zürich	1 Frs.	1386.52	1675.80
Madrid	1 Pesetas	1122.18	1381.53
Wien	100 Kr.	10.87	12.21
Prag	1 Kr.	287.90	296.25
Budapest	100 Kr.	3.04	3.69

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Jak trat auf den niedergerissenen Festungswällen Rendsburgs einen alten Bekannten: Niels Sönthen aus Ramstedt.

Niels diente beim Train; er fühlte sich unbehaglich in der ihm schlecht sitzenden Uniform und sehnte sich nach dem Lande. Seine Freunde, endlich ein bekanntes Gesicht zu sehen, war ungeheuerlich.

„Mensch, ich freu' mich prächtig, daß ich dich mal wiederseh', ich hätte dich bald nicht gefannt!“

„Ich erkannte dich an deinen langen Ohren und an dem Haar“, sagte Jak.

Niels lachte gutberzig. Er war noch immer der Alte. Er hatte noch immer den blonden Muckelkopf, und sein Gesicht war noch immer zu lang und schmal. Nur etwas größer und kraftvoller war er geworden.

Wie sprachen über dieses und jenes. „Wie ist es denn mit dem Großknecht?“ fragte Niels.

Jak lachte verlegen. „Wir müssen selbst Knecht spielen“, entgegnete er. „Eine Deern konnten wir eher gebrauchen; aber mit der Mischen ist nichts anzujagen. Es ist nicht immer alles so, wie man denkt.“

„Da hast du recht, Mensch“, stimmte Niels bei. „Es herrscht viel Einbildung in der Welt.“

Einige Wochen später, an einem Sonntagmorgen, lachte Jak Niels in der Kaserne auf. Niels hatte an diesem Sonntag auch Urlaub, war aber nicht fortgegangen. Die Kameraden munkelten, daß er sich in der Küche etwas Feines zurechtgemacht habe und es jetzt oben verzehre.

So schien es auch. Als Jak auf den Gang kam, drang ihm ein verführerischer Duft entgegen. Neugierig trat er in die Stube, da lag Niels, das Kinn in die behaarten Hände gestützt, und starrte trübselig auf eine Schüssel, auf der etwas goldbraun Gebackenes lag.

„Mensch, was machst du, was ist da da?“ fragte Jak näher-tretend.

In Niels blauen Augen standen helle Tränen. „Es will nicht rutschen!“ sagte er. „Ich dachte, es würde prächtig feir schmecken. Ein ganzes Stieg Eier habe ich dazu genommen und ein halbes Pfund Zucker, und in reiner, guter Butter habe ich es gebraten. Das habe ich mir alles wochenlang von dem Munde abgespart, und nun, so ist es fertig, da kommt es so widerlich, so fett und süß, daß ich es beim besten Willen nicht herunterwürgen kann.“

Jak lachte. „Ja, das Kochen will auch gelernt sein. Komm mit, wir hummeln ein bißchen auf dem Jungfernstieg herum und trinken nachher ein Seidel Bier zusammen.“

Niels stellte keinen verunglückten Eierkuchen in den Schrank und ging mit.

„Es ist alles Einbildung, alles Einbildung, was man sich denkt“, sagte er, als er eine Stunde später in der Eiderhalle bei einem Glase Bier saßen.

„Was macht die Kleine eine Klafen?“ fragte Jak unvermittelt.

„Oh, die ist nicht mehr klein, die ist 'ne große schmutze Deern geworden, die schnuckelte auf dem Ramstedter Deich, ja, die es überhaupt gibt.“

„Alles Einbildung“, brummte Jak.

Niels lachte. „Sie leant jetzt das Nähen.“

„Hat sie schon 'nen Bräutigam?“

„Bist wohl! Sie ist doch erst siebzehn.“

„Om, das schönste Alter.“

Niels sah den Kameraden unruhig von der Seite an, ein Gefühl wie Neid stieg in ihm auf. Er ist doch ein verfluchter Kerl! dachte Niels.

Jak gähnte. „Was macht Umdorff?“

„Na, die ist noch die Alte, immer quessig und unzufrieden. Die Kate ist ihr zu eng. Aber ihren Kram hat sie in Schuh. Das blinkert alles bei ihr!“

„Und Gerz, ist der noch immer auf dem Damm?“

„Na, der Stärkste war er ja nie. Ein Beest zu schlachten fällt ihm schon ein bißchen schwer, aber ein Schwein kann er noch haltern. Er ist doch noch nicht alt.“

„Die Kleine wird wohl noch der Mutter arten.“

„Von Ansehen ja. Sie hat die Augen von der Mutter, aber sie hat ihres Vaters Natur. Sie schlachtet überhaupt mehr nach den Klafen; das waren alle so stille, scheue Leute.“

Jak kam ein neuer Gedanke. „Du“, er legte die Arme über den Tisch und sprach leiser, „legst deine Großmutter noch immer die Karten?“

„Wohl, wohl“, erwiderte Niels. „She ist nach Rendsburg abgereit, hat sie mir fe gelegt. Ein schwarzer Kerl würde mir über den Weg kommen, sagte sie. Haha — das bist du!“

Jak lachte und zupfte seinen Sommersaat, wobei er einen Blick in den ihm gegenüberhängenden Spiegel warf, der das Bild des hübliden brünetten Soldaten wiedergab.

„Ja, das bin ich — Prost!“

Die Soldatenjahre waren vorbei. Jakob Thomsen kehrte nach Spätlinghof zurück. Mamsell reichte ihm die Hand, als er eintrat. Wie eine Rabe, dachte er, die ihre Krallen einzieht.

Es begann wieder das alte Leben, und doch war es anders jetzt. Jak betrachtete das Gesicht jetzt mit den Augen des Be-

stigers. Er trat selbstbewußter als früher auf und trat hier und da andere Einrichtungen, ohne die Alte auch nur zu fragen.

Aber letzten Kaufes gab diese die Herrschaft nicht ab. Als sie eines Tages gewahrte, wie Jak mit Jans Hilfe einen Rinnstein legte, kannte ihre Wut keine Grenzen.

„Bin ich Herr hier oder du?“ fragte sie heband vor Zorn.

„Ja“, sagte Jak. Er richtete sich hoch auf und sah sie an mit dem Blicke eines Tierbändigers.

Die Alte drückte sich, als ob sie einen Schlag auf den Kopf bekommen hätte.

„Er schmeißt ja mit seinen Augen herum wie nichts Gutes! Das geht einem ja durch und durch! Der Mensch ist kompabel und bringt einen noch mal von der Welt.“

So murzte die Alte, während sie mühsam davonschlich.

Jak ging weiter — Schritt für Schritt.

„Wir müssen uns eine Dienstdeern mieten“, sagte er mittags bei Tisch. „Es geht ja nicht mehr, das kann ja kein Schwein fressen, was du da zusammengeschnort hast.“ Mit einer Gebärde des Eises schob er die Specksuppe mit den grauen Buchweizenmehllößen von sich.

„Komm mir bloß mit 'ne Dienstdeern“, knurrte Mamsell. „Die jage ich vom Hof, ehe sie ihr Bündel aufgeschmürt hat. Ich — ich kann noch was.“ — Ein Hustenanfall schnitt ihr die Rede ab.

Jak beachtete die Entgegnung der Alten nicht. Er tat ebenso vergnügt, als wenn die Lante gesagt hätte: Ja, mein Junge, wir mieten eine Deern. In ruhigem Tone wandte er sich jetzt an Jan.

„Sonntag sollen wir nach Balthof zur Gesellschaft“, sagte er, „ich traf den Balthof gestern abend im Kirchspieltrug; da hat er mich gleich genädigt. Du sollst auch mitkommen; um vier Uhr geht die Geschichte los.“

„Ich auch?“ fragte Jan bestürzt. „Was soll ich da?“

„Essen und trinken und lustig sein. Was sonst?“

„Trenntestgen hatte still auf der Dauer gelegen wie eine Rabe. Jetzt sprang sie mit spitzigen Worten dazwischen.“

„Gastereien“, jähre sie, „das fehlte gerade noch. Komm bloß mit mir zu was. Wir kriegen unker Schwein allein auf. Wie kommt bloß Klaas Rissen überhaupt dazu, euch zu nötigen? Er hat wohl 'n Spiehn?“

„Na, er ist unker nächster Nachbar, da kann er uns wohl nicht umgehen“, meinte Jak. „Dann hat er auch drei Töchter, die sind alle dreie nicht vom jüngsten und schmalsten.“

„Ha, denkst du an ja was?“ rief Trientlesch. „Bring mit bloß nicht so'n Frauenmensch ins Haus. Mit dem Schrubbesen jag ich sie vom Hofe.“

Fortsetzung folgt.

Nichtamtlicher Teil.

Für die herzgl. Gratulationen u. Geschenke anlässlich unserer Silbernen Hochzeit sagen wir allen unsern besten Dank. 9187
Christian Schöning
u. Frau.

Junge Leute, die zur See sehr moll. erh. schritt. Aufklärung u. Rat. (9198) Harms, Hamburg 19 M & Wellenstraße 17 1/2

Zu verk. 1 Hängel. f. G. u. B. Knab. Mann. f. 12-14. (9210) Sedanstr. 6a.

Zu verk. 1 Oberzieh. f. Arbeitsbursh. Mantel und Jacke f. Frau. H. Figur. 1 B. Stiefel für Mädch. Gr. 37-38. 2 Räder für großen Blockwag. (9194) Warendorferstr. 43 II.

Schaffstiefel 45/0, Patent 10/3 2-7000. Herrenstiefel 1900. Knackanz. ev. Zeitz. (9189) Glockengießerstr. 60

3. n. 2 Nuppen m. Wag. (9178) Kerkringstr. 57.

Ein Lederlofa s. verk. (9164) Lindenstr. 61a, II.

Waggon prima Weibfohl. Verkauf Sonnabend Untertrave d. d. Drehbr. 3tr. 900 M. v. 8-10. (9211)

Kartoffeln
prima Magnum bonum, Industrie. Up to date sowie eine Partie gute gelunde Futterkartoffeln empfehle. (9215)
Wilhelm Suike.
Schwarzwasser Allee 46a, Fernsprecher 5522.

Visitenkarten
fertigt an die Buchdruckerei von **Friedr. Meyer & Co.**

**Gold,
Silber,
Platin,
 Brillanten,
 Doublee**

kaufen wir für eigene Verarbeitung, daher zum höchsten Kurs. Kommen Sie bitte zu uns, und hören Sie unsere Preise. Der weiteste Weg lohnt sich. Kein Verkaufszwang. (9174)

Hans Steudel,
Goldschmied,
Moislinger Allee 21.
Gust. Pütter,
Uhrmacher,
Meierstr., Ecke Lindenstr.

Günstiges Angebot
Kleinen (9179) meistfälligen **Hartkoks** für kleine Öfen und Herde liefert jedes Quantum frei Haus und ab Lager.
Robert Gerdtz
Königsstraße 81,
Fernsprecher 9023.
Bauer Kanalstr. 45 u. 49.

Das bekannt reelle Eintauschhaus für Arbeiter und jeden Beruf!

Ein Posten Herrenkonfektion:
Starke Arbeits-, Pilots-, Buxkins-, Manchester-Hosen, eleg. gestr. Hosen, Loden-, Wand-, Hoppen-, Gummimäntel, eleg. mod. Herrenschlupfer und Anzüge modern.

Ein Posten starke Schuhwaren:
Arbeitsstiefel, Schaffstiefel, Fahllederstiefel mit Doppelsohle, Sportstiefel, eleg. Herren-, Damen- und Kinderstiefel in allen Größen, starke braune u. schwarze Lederamantiken. 1 Posten warme Pantoffeln, Hauschuhe usw.

Gewandtuch, Messel, Bettbezugstoffe, Streifstain, Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Unterzeuge usw.

Ohlers & Koelwisch
Solkensstr. 1. St. Petri 2-4.

Mod. Damenmäntel, Strickjacken, Blusen, Röcke. 9191

Großer Posten

Lange u. Schaffstiefel Nr. 4/ bis 46
starke Arbeits-Schuhe, elegante Herrenstiefel, warme Anodenstiefel, 31-36, Winter, Heber-leger, neue mod. Anzüge, feider, Hosen u. Joppe, Arbeitshemden, 1 Posten warme Morgenstühle mit Lederohle, Preis 1200 Mt., 37-45.

Otto Schröder,
Balauerföhr 17. (9212)

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Winterkartoffeln.

Trotzdem in diesem Jahre sehr große Mengen Kartoffeln bei uns bestellt waren, sind schon heute alle vorliegenden Aufträge erledigt.

Mit Rücksicht auf die hohen Brotpreise haben aber viele Mitglieder den Wunsch geäußert, noch mehr Kartoffeln einzunehmen. Wir teilen daher mit, daß wir unsere Abgabestellen ausreichend mit Kartoffeln versorgt haben und können Nachbestellungen daher sofort durch die Abgabestellen erledigt werden.

Mitglieder, die nicht in der Lage waren, Kartoffeln einzunehmen, wollen sich umgehend in der nächsten Abgabestelle zum regelmäßigen Bezuge von Kartoffeln anmelden, damit wir nach Möglichkeit auch für diese Mitglieder die Kartoffelversorgung für den kommenden Winter sicherstellen können.

Der Vorstand

Ein gutes Rezept zur Erzielung u. Erhaltung guter, geschmackvoll, leichtverdaulich war.
Swiss-Murmelstücken
Zucker-Pris
In der ständige Gebrauch des Oberweines.
Zur Nachschau! In der Gegend von Lübeck, in empfehlen. In haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

BOTNIA
der gute
Kautabak

in der so beliebten dänischen Geschmacksrichtung
FRANZ LÜTZAU, Tabakfabrik, FLENSBURG.
Zu haben in allen Warenabgabestellen des Konsumvereins und in den Spezialgeschäften. (9172)

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16.
Gefrierfleisch:
Fettes Ochsenfleisch 260 M.
Fettes Schweinefleisch 280 M.
Schmalz, Rindf. 320 M.
Fettes Ochsenfleisch 280 M.
Schweineherzen 260 M.
Fettes fetter Speck 800 M.
ger. Schweinebacken ohne Knochen 800 M.
prima weißes Schmalz
und ausgebratener Talg zu Tagespreisen. (9208)

Durch Zufall gelang es mir, einen groß. Posten frisches Fleisch zu erwerben. Viele daher an:
frisches Rindfleisch . . . Pfd. 220 Mt.
Braten 240 Mt., fr. Haut 240 Mt.
Rindfleisch u. Beefsteak Pfd. 280 Mt.
O. Stöver, Wahrenstraße 22, Tel. 2133. (9206)

Berkommungs- u. Vergnügungs-Anzeigen

Sonnabend u. Sonntag
Zentral-Hallen Gr. Lanstränzen. (9207)

Kolosseum
Morgen Sonnabend
Grosser Ball
Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr.
Keine geschlossene Gesellschaft.
Joh. u. R. Mittag. (9204)

Mitglieder-Fest
des Arbeiter-, Turn- und Sport-, sowie des freien Wasserport-Vereins
am Sonnabend, dem 11. November, im Konzerthaus Friedrichshof.
Eintritt: Herren 30 Mt., Damen 20 Mt. einschl. Steuer.
Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.
Ausführung nur durch Mitglieder.
Das Komitee. (9182)

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Lübeck.
Groß-Gala-Saalfest
am Sonnabend, dem 11. November, im Gewerkschaftshaus
verbunden mit Kunst- und Reigenfahren, Ball und Würfelspiel.
Gr. Humoristisches: 3 Bagabunden auf der Suche nach brotlosen Ranten. Großer Lacherfolg.
Kaffeeöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. (9168) Das Festkomitee.

Einladung zum Ball
der Belegschaft der Sicht- u. Wasserwerke
am Sonntag, 12. November im Gewerkschaftshaus.
Kaffeeöffn. 4 1/2 Uhr. Anf. 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Herrenkarte 25.00 Mt., Steuer 7.50 Mt., zusammen 32.50 Mt.
Das Komitee. (1175)

Stadthallen-Lichtspiele
Mühlenbrücke 13. Fernspr. 8749.
Vom 10.-16. November 1922:
„Es leuchtet meine Liebe“
5 Akte nach einer Novelle von **Annemarie v. Nathusius** mit **Mady Christians, Theodor Loos und Wilh. Dieterle.**
Es leuchtet meine Liebe
An ihrer dunklen Pracht
Wie ein Märchen, traumig und trübe
Erzählt in der Sommernacht . . .
(Heinrich Heine).
Außerdem:
„Ein schwerer Junge“
Filmschauspiel in 5 Akten.
„Wenn du denkst, du hast 'n . . .“
Grotteske in 1 Akt.
Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen. (9207)

Delze
kaufen Sie jetzt noch vor- teilhaft im
Peizhaus

Friedr. Zimmermann,
Königstr. 24. Ecke Pfaffenstr.
Zobel, Skunks, patagonische Kanin-Kollers.
Echte Kragen für Damen von 3000 M. an.
Haarpeizkragen z. Aufh. v. M 3000 an.
Aus feure Sachen kann angezählt und können die Gegenstände auf Wunsch zurückgestellt werden.
Ankauf (kein Zwischenhandel)
Hasen, Kanin, Marder, Iltis, Fuchs.

Obstbäume
jetzt beste Pflanzzeit in allen Sorten und Formen, auch sehr feine Ware. Johannisbeeren u. Stachelbeeren, hochstämmige u. niedrige, Stachelnlose, Pfirsich, Quitten, **Rosen**, hochstämmige, niedrige u. Schlingrosen, Komiseren, selbstblühend. Wein, Korbweiden, Mandelbäume, Nieren, Brombeeren, Himbeeren. Pflanzendekorationen in alle Gegend, vom Grabesplanz. Blüh. Wranz., Korne, Blaustr., Gelbstr., Fülle. Sehr bill. Preise. Vorzugssort. i. Wiedererkennt.
Die Gärtnerei liegt 3 Min. v. Wagnhof u. bitte um Besichtigung mein gr. Gelände.
Richard Schunck, Gartenbauamt, Tel. 1040. (9187) Kirchenstr. 6.

Hasen-Kanin-sowie and. Sorten
Felle
und Tierhaare (9179)
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Geb. Wagner
Dankwartsgrube 26
Holstenstraße 8
Fell-Spezialhaus Fernruf 3414

Margarine
weit unter Fabrikpreis solange Vorrat reicht
700, 720, 750 g. Pfd.
Palmin 800 Mt.
Lübecker
Margarine-Zentrale

An meine geehrte Kundenschaft!
Droh der gegen mich gerichteten Maßnahmen bin ich doch wie vor in der Lage.
Alles
zu überbieten. Es ist für jeden vernünftigen Menschen selbstverständlich, daß ich mit keiner anderen Firma identisch bin, die Angebote gegen mich richten sich daher von selbst.
Bitte beachten, was ich zahle:
Gold 1000-6000 Mt.
Silber 100-200 Mt.
Platin 15 000 Mt.
 Brillanten 800 000 Mt. und mehr
B. Friedmann
Fleischhauerstr. 26. 9177

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer
Geschäftsstelle Lübeck.
Sonnabend, d. 11. Nov. abends 7 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
bei **Bannow, Kleine Burgstraße.**
Die Ortsverwaltung

Moislinger Baum.
Morgen Sonnabend, Anfang 7 Uhr:
Großer Herbsthall
des Gesangsvereins „Sangeslust“ Moisl. mit Gesangs- und humoristischen Vorträgen des Vereins sowie unter Mitwirkung v. Grete v. Walden u. des Humoristen Hermann Waron. (9208)
Der Vergnügungsaussch. (9208)

Trocadero.
Schlüsselbud. A. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachm.:
Fred-Leisner-Stimmungs-Konzerte. (9178)

Hania-Theater.
Heute Freitag 7 1/2 Uhr:
Zum letzten Male
Fledermaus
mit der Ballettmeisterin **Martha Luise Stoll** als Gast.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male!
Hol' mich der Teufel!
Operette in 2 Akten und einem Epilog v. Leopold Reichwein. (9188)
Hauptrolle Ludw. Ziegler
Direktor Herr: **Myrteor Erasm.**
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Dieselbe Vorstellung.

Stadttheater Lübeck
Freitag 7 Uhr, 16. B.
Julius Caesar.
Sonnabend 7.30, 7. Ab.
Vorft.: **Fidelio.** (9189)
Sonntag 11 Uhr: **Vollst. bühne: Gerh.-Gaußmann-Feier.**
8 Uhr: **Blattdeutsch. Silbe: Peter Pin.**
7 Uhr: **Zohengrin.**
Montag 7.30 U. **Vollst. bühne: Lokalbahn-Redaule.**

Freistaat Lübeck.

Freitag, 10. November.

Wie das Volk die Revolution ehrt.

In unserer Stadt verging der vierte Geburtstag der deutschen Republik lang- und langlos. Von keinem Staatsgebäude wehten Flaggen, kaum einige Privathäuser hatten eine Fahne herausgesteckt. Die stolzen Hansseelen kimmern kein Erinnerungstag, der nicht in innerem Zusammenhange mit militärischem Gelingen und byzantinischer Wehweidelei steht. Freiheitsstolz und Bürgerstolz erstickt in rechnerischem Krämergeist. Kochende Wut über verlorene Vorrechte untergräbt jeden Tatsachenblick. Das alles ist nichts Neues. Aber gerade deswegen, weil ein Teil des Bürgertums heuchlerisch vorgibt, auf dem Boden der Republik zu stehen und trotzdem sie auf Schritt und Tritt mißachtet, ihr den Lebensatem abzuschneiden droht, ist es notwendig, diese Momente besonders zu bezeichnen.

Wie ganz anderes Leben entströmt den Massen des werktätigen Volkes! Wie glühend heiß liebt es sein Land und sein Werk. Wie feiert der schlichte Arbeitermann den Tag seiner politischen Befreiung, steht er zu seiner Sache, zur Tat. Wer etwa einen Zweifel an diesem Massenwillen gehabt hätte, die Revolutionsfeier im Gewerkschaftshaus am Donnerstag abend hätte ihn eines anderen belehrt. Bis auf den letzten Platz waren der Saal und die Galerien gefüllt, viele mußten sich mit Stühlplätzen begnügen. Ein Zug von Ernst und Würde durchwehte das Ganze. Das vorzüglich zusammengestellte Programm feierte die Gesinnungsgenossen und deren Familienangehörige über 3 Stunden. Der Chorverein unter Leitung Dr. Harzems leitete die Feier mit Uthmanns Lied „Strom“ wirkungsvoll ein. Zwei Klavierquartette, feinsinnig und affaturo von den Herren Dathke, Kamposkrini, Thalmann und Kapellmeister Weidlich vom Stadttheaterorchester zum Vortrag gebracht, brachten eine stimmungsvolle Weihe. Dann folgten abwechselnd Gesangsbeiträge der Herren Harzmann und Timmenborg und dem Gedanktag angepaßte Rezitationen von Herrn Heidmann, der wie die beiden Sänger mit großem Beifall überschüttet wurde und sich zu Zugaben verstehen mußte.

Die Gedenkrede hielt Senator Genosse Mehrlein. Er wies zunächst darauf hin, daß wir die Schulmeister in der bürgerlichen Presse verlassen, die den 9. November als schwarzen Tag in Deutschlands Geschichte betrachten. Freilich für die Anhänger des alten Systems bedeutet es den Zusammenbruch ihrer Macht, den Sturz der Monarchie und der übrigen Fürstentümlichkeiten. Redner schildert dann die Feigheit der alten Machthaber und des deutschen Bürgertums. Speziell in Lübeck. Wo waren die heutigen Hakenkreuzler, die Deutschvölkischen, die Offizierskaste? Feige vertragen und in den Mauthelmschern. Auch die Flaggenfrage war damals gelöst, alle Staatsbehörden Lübecks hatten die rote Flagge auf Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates angeschafft! Mehrlein schilderte dann die Errungenschaften der Revolution: Die Republik, das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu allen Parlamenten und Gemeinden. Auch für die Frauen. Die Festsetzung des Achtstundentages. Das Betriebsrätegesetz, gewissermaßen die Einführung der industriellen Demokratie. Das Einbringen der Arbeitervertreter in die Verwaltungen usw. Redner wies darauf hin, daß die Hege gegen die Novembermänner, das Wilhelm über Ebert, seine Frau usw. letzten Endes nur der Ausbruch des Hasses der alten privilegierten Klasse gegen den Aufstieg der Arbeiter überhaupt sei. Nach dem Worte des Bischofs Henke soll eben: „Wer Anecht ist, Anecht bleiben!“ Auch gegen die Kommunisten fand Mehrlein treffliche Worte. Gerade sie übersehen immer, daß wir den Krieg verloren haben. Daß uns sechs reiche Provinzen entzogen sind: Polen, Westpreußen, Elb-Lothringen, das Saarland, Nordschleswig und Oberschlesien. Ferner die Kolonien, die Handelsflotte, ein Drittel unserer Kohlenbasis, drei Viertel unserer Eisen- und zwei Fünftel unserer Hochöfen. Dazu ist, dank der Helfershelfer des Völkchens, weit über ein Drittel unseres Volkvermögens geopfert worden. Während des Krieges sind nie die Kriegsgewinnler angefaßt worden. Dazu jetzt die Reparationen, die Belastungssteuern usw. Freilich seien auch viele Volksteile noch außerdem bestraft. Die wirtschaftliche Not Deutschlands zu vergrößern, im Interesse der eigenen Bereicherung. Und dann die Steuererhöhung, die nur die Selbstbedienten, Beamten, Arbeiter und Angestellte erfaßt, die Besitzenden aber verschont, oder aber ihre Steuerbefreiungen verschleppt. Redner streifte dann die heutigen Bestrebungen der Reaktion auf Rechtsputz, die Verschwörerzettel und dergleichen mehr. Gerade die Kräfte, die uns in den Sumpf geführt haben und denen wir die heutigen Zustände im Wesentlichen verdanken, versuchen wieder die Macht zu erlangen und hätten für die Not des Volkes gar kein Verständnis. Was jetzt am besten der verfloßene Kaiser Wilhelm II. in Wort, Buch und Tat bewies. Redner schloß mit markigen Worten, die über die Republik und die Ziele des Sozialismus schillernd. Seine Ausführungen fanden einmütige und stürmische Zustimmung.

Die im ganzen recht würdig verlaufene Feier wurde mit drei vom Chorverein flötig vorgetragenen Liedern beschlossen.

Beamtenpflicht und Republik.

In ihrer Verammlung am 4. Juli 1922 hat die Bürgerschaft beschlossen, dem Senat folgenden Antrag entgegenzubringen:

„Allen Beamten und Angestellten im Staatsdienst ist jede antirepublikanische Tätigkeit ausdrücklich zu verbieten. Jeder Versuch gegen Verordnungen und Gesetze zum Schutze der Republik ist mit sofortiger Dienstentlassung zu bestrafen.“

Da seinerzeit bereits ein die gleiche Tendenz enthaltendes Reichsgesetz in Aussicht stand, hat der Senat zunächst den Erlaß dieses Gesetzes abgewartet. Das Reichsgesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik ist inzwischen in Kraft getreten. Es regelt die Pflichten der Reichsbeamten gegenüber der Republik. Durch seine inangemäße Anwendung auf die Landesbeamten wird dem Antrage der Bürgerschaft Rechnung getragen werden, mit der Abweisung allerdings, daß Handlungen der Beamten gegen die verfassungsmäßige republikanische Staatsform und gegen Einrichtungen der Republik erst im Rückfall mit Dienstentlassung bedroht werden. Dem Senat erkeint die Maßnahme auch für die lübeckischen Beamten ausreichend. Die betreffenden lübeckischen Vorschriften, und zwar das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten vom 28. Januar 1914, die Verordnung vom 3. Februar 1879, die Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Deutsche Reich betreffend, und das Gesetz vom 21. April 1879, die Dienstverhältnisse der von Lübeck ernannten Richter und der Beamten der Staatsanwaltschaft sowie des Disziplinarverfahrens gegen dieselben betreffend, sind daher entsprechend dem Reichsgesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik zu ergänzen. Hierbei wird jedoch auf eine Änderung der Disziplinarbestimmungen verzichtet werden können, da diese bereits im zweiten Nachtrag vom 4. Mai 1921 zu dem Gesetz vom 28. Januar 1914, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend, eine den Zeitverhältnissen Rechnung tragende Neuordnung erfahren haben. Wegen des Erlasses einer Bestimmung über eine dem Sinne der jetzt beantragten Neuordnung ent-

sprechende Verpflichtung der Landrichter ist der Senat mit der oldenburgischen Regierung ins Benehmen getreten.

Von der im Art. III des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik enthaltenen Befugnis Gebrauch zu machen, durch Landesgesetz über die bestehenden Vorschriften hinaus zu bestimmen, daß im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform besonders benannte nicht richterliche Beamte höherer Bildungsgruppen jederzeit in den einseitigen Ruhestand versetzt werden können, hält der Senat gegenwärtig nicht für notwendig. Es wird abzuwarten sein, ob und in welchem Umfange andere Länder sich dem Vorgehen des Reiches anschließen werden.

Eine besondere Regelung für die staatlichen Angestellten, wie sie in dem Antrage der Bürgerschaft vom 4. Juli 1922 gefordert wird, erübrigt sich, da die §§ 21 und 41 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Beamten auch auf die Angestellten des Staates Anwendung finden. Der Senat unterläßt jedoch nicht, der Bürgerschaft davon Kenntnis zu geben, daß er die Besonderen der Behörden angewiesen hat, die gegenwärtig im lübeckischen Staatsdienste tätigen sowohl als auch die künftig einzustellenden ständig beschäftigten Angestellten durch Handschlag an Eides Statt zur Treue gegenüber der Reichsverfassung und der Verfassung der freien und Hansestadt Lübeck zu verpflichten. Die Verpflichtenden der Behörden sind ferner beauftragt worden, festzustellen, ob alle Beamte gemäß einer früheren Anordnung des Senates auf die Reichsverfassung vereidigt worden sind. Gegebenenfalls soll diese Vereidigung schleunigst nachgeholt werden. Der Senat stellt daher zur Mitbeteiligung der Bürgerschaft, daß die oben angeführten Gesetze mit entsprechenden Nachträgen versehen werden.

Ein Liter Milch 144 Mark.

Hamburser Zeitungen berichten: Die Butternotierungskommission des Vereins der Fettwaren- und Delikatessenhändler Hamburg-Altonas von 1887 hat den Vorkurs für allereinste Meiereibutter auf 1440 Mark festgesetzt. Da die letzte Notierung 1080 Mark betrug, so hat der Preis einen Sprung um 40% gemacht. Der Großhandelspreis beträgt 1200 Mark.

Eben wird uns der Lübecker Milchpreis bekannt, der sich den Hamburser Notierungen ziemlich anpassen muß. Er ist fastig genug ausgefallen.

144 Mark soll das Liter Milch kosten.

Wir haben im Laufe der Jahre mit Erzeugern und Händlern allerhand erlebt, und an Erhöhungen für die Notwendigkeit der exportierten Preissteigerungen hat es nie gefehlt. Was sich aber der Verweiner der am Butterhandel beteiligten Großfirmen zu Hamburg jetzt als Rechtfertigung großhändlerischen und agrarischen Gehabens leistet, ist denn doch die Höhe. In kurzen Worten sagt die lange Begründung:

Die Notierung mußte in mindestens dieser Höhe vorgenommen werden, da dem Erzeuger der Preis für die Butter bewilligt werden muß, den er selbst für mittlere Qualität Margarine im Einkauf vom Kleinbändler zu bezahlen hat. (Was, der arme Trost muß minderwertige Margarine essen, damit der Städter seine Butter bekommt!) Gehält der Erzeuger nicht mindestens diesen Preis, dann besteht für ihn keine Veranlassung, seine Butter auf den heimischen Markt zu senden. Er wird vielmehr die Butter dem eigenen Verbrauch zuführen und auch die Milchproduktion erheblich einschränken müssen, da er mit Hilfe des geringen Butterpreises kein Zusatzfutter in der Form ausländischer Kraftfuttermittel anschaffen kann. Gegenüber dem Dollar hat der Butterpreis nur eine Steigerung von 79% auf 1200 Mk., also eine Erhöhung um 51,8 Proz. zu verzeichnen gehabt. In Holland kostet ein Pfund Butter im Großhandel 1,20 d. d. d. zum heutigen Kronenkurs von 3200 Mk., in Kopenhagen ist derselbe Preis 2,35 Kr. gleich 3701,25 Mark zum heutigen Kronenkurs von 1575 Mk.

Also, weil in Amsterdam und Kopenhagen deutsche Butter so viel kosten würde, muß sie in Hamburg auch so teuer sein. Nutzt denn der Landwirt das ganze Jahr ausländisches Kraftfutter? Das nicht, aber er braucht seine wirtschaftliche Macht, um die eigene Volkswirtschaft zu schwächen. Hinterher läßt er sich an seinem Gewissen rufen und gibt ein paar schmierige Lappen zur Vinderung der von ihm mit heraufbeschworenen Hungersnot! Denn kaufen kann sich heute das Volk weder Milch noch Butter. Der Verkauf der letzteren gehört überhaupt verboten.

So kann es nicht bleiben!

Wer kennt sie nicht, die stehende Lebensart? Auf der Straße, in der Straßenbahn oder während der Bahnfahrt, während des Einkaufens im Laden ist es der Weisheit letzter Schluss aller mit den heutigen Zuständen Unzufriedenen. Annehmlich ist es eine deutsche Eigenart, daß man schimpft, ohne selbst darüber nachzudenken und selbst daran mitzuarbeiten, die bestehenden Zustände zu bessern. In Wirklichkeit ist es ja auch viel bequemer, gewissenlosen Demagogen zuzuhören, ihren Glossen denen gegenüber, die ihr Leben täglich für ihr Volk einsetzen, hämisch grinsend zuzuhören und die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen, daß sie es trotz aller Anstrengungen noch nicht erreicht hat, daß Brot und Butter wieder zum Friedenspreis erhältlich sind.

Haben alle Unzufriedenen, die wahllos schimpfen oder den verkehrenden Demagogen Zustimmung geben, selber einmal ernstlich darüber nachgedacht, weshalb es nicht besser sein kann?

Diese haben Unzufriedenen machen ein gar verblüfftes Gesicht, wenn man ihnen sagen würde: „Du selber hast Schuld! Hast du die sozialistische Presse gelesen und dich vergewissert, welche Anträge die sozialistische Partei zur Besserung der Ernährung des Volkes durch verbesserte Lebensmittel im Reichstag gestellt hat? Hast du dich ernstlich und redlich davon überzeugt, welche Parteien die Anträge, die der Not des Volkes wehren sollen, zu Fall gebracht haben? Und hast du für deine Person die Konsequenz daraus gezogen, daß es niemals besser werden kann, solange du arbeitest leich und schimpfst, sondern daß gerade du dich der Partei anschließen mußt. Die für dich und das ganze leidende Volk eintreten will? Begreifst du nun, daß gerade deine Stimme es ermöglicht hätte, noch einen sozialistischen Vertreter mehr an die Stelle zu stellen, wo über dein Wohl und Wehe verhandelt wird?“

Erst wenn du begriffen hast, daß mit dem Stimmzettel allein du der Willen und die Macht hast, alles das, was dir nicht gefällt, zu ändern, und du diesen Willen in die Tat umsetzt, indem du dich der sozialdemokratischen Partei anschließt, ihre Presse liest und ihre Bestrebungen unterstützt, dann wirst du die Gewißheit haben, daß es „so“ nicht bleiben wird. Darum schalte und schwäche nicht, sondern handle.

So kann es nicht bleiben, sagen auch gar viele, denen es nicht gefällt, wenn die Demagogen der generischen Parteien sich breit machen und in Wort und Schrift die Dinge auf den Kopf stellen und lustig verurteilen dürfen. Wenn Staatsbeamte der Republik dazu aufgerufen, die gesetzgeberischen Erlasse, die dem Volke dienen sollen, offen und verständig zu sabotieren.

Es würde nicht „so“ bleiben, wenn jeder Berufene sich seiner Verantwortung bewußt wäre, daß die Autorität des Staates gestärkt werden muß, wenn derselbe Staat dafür sorgen soll, daß das Leben des einzelnen erträglich gestaltet werde. Daß aber auch jeder einzelne in seinem Kreise dafür Sorge, daß es besser werde, und nicht von dem andern verlange: „Hannemann, gehe du voran.“ Landwirtschaft, Industrie und Handel, allen voran das Kapital, müssen erträgliche Lebensbedingungen schaffen, wenn es „so“ nicht bleiben soll. Da sie aus Liebe zum Volke den ersten Schritt nicht tun wollen, müssen sie durch die Macht der Sozialdemokratie dazu gezwungen werden. Aus dem Quell in den Bach, vom Fluß zum Strom muß der Wille des einzelnen wachsen, daß es „so“ nicht bleiben kann.

Wenn alle erst einmal einsehen, was die Sozialdemokratie zur Besserung der Lebenslage des Volkes getan hat und welche Parteien diese Besserungen unmöglich gemacht haben, dann werden auch die Leute, die nur schelten, erkennen, daß sie zu allererst selbst mit Hand anlegen müssen, daß es anders wird.

Bürgerrechtsvorlagen.

Festsetzung der Gebühren und Abgaben durch die Behörden. Die Finanzbehörde hat nachstehendes vorgelegt: Während die Gehalte und Löhne allmonatlich erhöht werden und die sachlichen Ausgaben in noch kürzeren Zeitabständen steigen, werden die Entgelte für staatliche Leistungen, die Gebühren und Abgaben, viel langsamer und häufig auch nur ungenügend dem veränderten Geldwert angepaßt. Zum Teil beruht dies darauf, daß der langsame Weg der Gesetzgebung zur Verringerung der staatlichen Taxen notwendig ist, zum Teil darauf, daß die Finanzbehörde nicht genügend Einfluß auf die Tarifgestaltung besitzt. Soll das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben erträglich bleiben, so ist es notwendig, daß mit derselben Pünktlichkeit, mit der die Gehalte und Löhne regelmäßig erhöht werden, auch die Tarife neu festgelegt werden. Es ist daher erforderlich, daß die Behörden ermächtigt werden, ihre Tarife selbstständig festzusetzen, und daß sie hierbei den Forderungen der Finanzbehörde entsprechen müssen. Kommt eine Einigung zwischen der Finanzbehörde und der beteiligten anderen Behörde nicht zustande, so würde letzten Endes der Senat zu entscheiden haben. Die Bestimmungen, die schon jetzt für die Festsetzung der Tarife der Betriebsanstalten (Gaswerk, Elektrizitätswerk, Wasserwerk und Straßenbahn) gelten, sollen hierdurch nicht berührt werden. Der Senat, der sich davon überzeugt hat, daß eine entsprechende Ermächtigung der Behörden im finanziellen Interesse des Staates liegt, ist bereit, diese Ermächtigung zu erteilen und stellt daher einen diesbezüglichen Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Aquarellausstellung bei Möller.

Wer zum erstenmal Karl Gatermanns Aquarellen gegenübersteht, muß eine innere Umstellung vornehmen. Gewohnt, das Motiv in mehr oder weniger satten und vollstendigen Farben zu erschauen, Lebenstodes, Lebensbildendes konzeptionslos darzustellen zu sehen, überrascht ihn hier wie von zartem Schleier verhüllte Bilder. Eigenartige blaue und graue Töne, ineinander verlaufend, auseinanderstrebend, verflüchtigt, scheinbar das Motiv verhüllend und doch aber gerade dadurch besonders den Stoff hervorhebend. Dünne Nebelschichten oder feiner Sprühregen am späten Morgen bräuen die Großstadtluft in die engen Straßen und Gassen, lassen Häuser und Menschen in Alltags-schwere erstehen. Aber hinter diesem grauen Schleier liegt das pulsierende Leben, das ihn in seiner Leichtigkeit heft und in leichtere, leichtere, dünnere und flüchtigere Luft trägt. Mit einem Wort, hinter diesem scheinbaren Duster des Tages wohnt die leichtbeschwingte Seele, himmelstrebend aus der Erdschwere, hinanführend zu freundlichem, frohen Sinn. Es ist ein Hinüber-rücken vom feststehenden Sinnenden zum sensibel Empfangenden. Je länger man Gatermanns Werke betrachtet, desto mehr entschleiern sich der Vorhang und aus den grünen, bläulichen Tönen erwacht ein Leben voll weitenbewingter Zartheit.

Das ist Gatermanns Kunst und Eigenart. Wer eine Zeitlang bei seinen Werken verweilt, fühlt selbst festgebanntes loslösen und Glatteis, Anfeimelndes erstehen. Man schmeckt sich nur die Lübecker Straßenszene in Gatermanns Empfindlichkeit an, lasse den Blick von den häufig dahineilenden Menschen an unseren, vom neubenen Nebelschleier halbverhüllten, hochantreibenden Gebäuden und Türmen emporgleiten, und die Seele wird alsobald jene zarten Regungen erklingen lassen, die uns trotz aller Trübsal Schönes ahnen läßt und eben deswegen heiter stimmt. Gerade die in Möllers Kunstsalon in der Mühlenstraße ausgestellte große Kollektion Gatermannscher Arbeiten zeigt diese, dem Künstler innewohnenden Wesenszüge. Wir nennen nur die Auswählte: Bild in die Biederstraße, Sandstraße, Breite Straße, den Düker, den Burgwinkel, und vor allem die verchiedenen Versionen aus Hamburger Fleeten. Es sind recht feuchte, neblige, ausdauer-isperrende Großstadtmorgen, an denen man glaubt, mit leichtgeblühtem Gang dem nässenden Element entrinnen zu können. Aber wie sich das Auge auch an Graues und Reibiges gewöhnt, so erwacht auch hier aus den Werken des Meisters allmählich das Bild zart und rein heraus. Gatermanns Winkel tupft aber auch in schillernde Farbtöpfe. Seine Interieurs aus der Marienstraße, das Sujet am Kanal weiß er durch sein abgetönte Mittel zu beleuchten und zu beleben. Den gleichen Zug verfolgt Gatermann, wenn er die Realitäten stärker herausstreicht, wie z. B. bei den Motiven aus Bremen. Da erstehen die alten Renaissancehäuser in reiner Farbenpracht aus den dunklen Straßenwinkeln. Auch sein Hamburger Rathaus zeigt diesen belebenden Zug. Wer Freude an heimischer Kunst und Eigenart hat, sollte sich diese Ausstellung nicht ungesehen entgehen lassen.

Im gleichen Räume hat Steger-München eine große Anzahl Radierungen und einige farbige Graphiken zur Schau gestellt. Sensibles Empfinden entströmt auch diesem anerkannten Künstler, der seinen Motiven phantastisches Gepräge gibt. Sie haben zum Teil Illusionen aus Shakespeares Werken, der Zauberflöte, dem Don Juan u. a. zur Grundlage. XX.

Die Milchmädchenrechnungen über den Achtstundentag laufen noch immer in der heißen bürgerlichen Presse. Nachdem die „Lüb. Anz.“ und dann die „L. N.“ den Gymnast auf den Zehn-stundentag und dessen günstige Wirkung auf Produktionsverbilligung abgedruckt hatten, kommt nun auch der „General-Anzeiger“ und laut den Kohl durch. Es verlohnt sich wirklich nicht, auf diese Philisterweisheit näher einzugehen. Es wundert uns nur, daß die Lübecker Zeitungsvorleger die Salbaderei eines ihrer Kollegen abdrucken, obwohl gerade sie wissen müssen, daß der geringe Geschäftsgang im Buchdruckgewerbe Arbeitskräfte sonder Zahl überflüssig macht. Und gerade die „Lüb. Anz.“ lassen Arbeiter wegen Arbeitsmangel abwechselnd feiern. Wie reimt sich denn dieses Vorgehen mit verlängerter Arbeitszeit zusammen? Aber das soziale Empfinden der bürgerlichen Zeitungsvorleger steht auch nur auf dem Papier. Ober was ist es denn sonst, wenn z. B. der Coleman-Verlag der Witwe eines 32 Jahren in Diensten gestandenen Angestellten heute noch die gleiche „Ehrenpension“ bezahlt wie vor 5 Jahren? 45 Papiermark monatlich sind doch heute weniger als nichts. In ihren Taten sollte ihr zu erkennen!

Eine Versammlung des Bürgerausschusses findet am Montag, dem 13. November, nachmittags 4 Uhr statt.

Verkehrssperre. Ueber das Heliomerk. Porzellan-Fabrik, Schönböckener Straße wurde wegen Nichtanerkennung des Reichstaxtarifs die Sperre verhängt.

Zahlstelle Lübeck des Porzellan-Arbeiter-Verbandes.

Versammlung der Bankangestellten. In der am Mittwoch abend 8 Uhr in der Schiffergesellschaft vom Allgemeinen Verband der Deutschen Angestellten, Ortsgruppe Lübeck, einberufenen öffentlichen Versammlung der Lübecker Bankangestellten berichtete der Referent, Herr Bauer-Hamburg, über die Stellungnahme zum letzten Gehaltsabnahme. Seine unter allgemeinem Beifall gemachten sachlichen Ausführungen bewiesen den Anwesenden, wie richtig die Haltung des Allgemeinen Verbandes bei den letzten Gehaltsverhandlungen war gegenüber dem einem Berrat an der Kollegenschaft gleichem Verhalten der anderen Angestellten-Organisationen im Bankgewerbe. Gegen 11 Uhr gingen die Anwesenden in dem Bewußtsein an einander, daß nur der „Allgemeine Verband“ die wirksamste Interessenvertretung für die Bankangestellten sei.

pb. Diebstähle. Von dem Hofplatz der Stadtbibliothek wurde ein Fahrrad Marke „Mars“ und ein solches mit der Marke „Görrike“ wurde in der Breiten Straße gestohlen. — Ein Schlüsselbund mit einem Zentner Wepfel und einer wollenen Decke, sowie einem blauen Wollstoff mit grünen Streifen wurde aus dem Hause einer Wirtschaft in der großen Burchstraße gestohlen. — Zwei Kisten im Gewicht von ungefähr 28 Pfund, wurden einem in Mönchhofweg wohnhaften Gärtner gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet.

pb. Eine Diebeshande erwischt. Wegen Verdachts, bei einem An der Krähenstraße wohnhaften Fräulein einen Einbruchdiebstahl durch Zertrümmern einer Fensterscheibe ausgeführt zu haben, wurden, wie berichtet, ein Heizer aus Teutendorf, ein Steward aus Banzdorf und zwei Arbeiter von hier festgenommen. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß die Festgenommenen schon seit längerer Zeit lediglich von Diebstählen lebten. Das Diebesgut fängere sie vornehmlich bei zwei hiesigen Arbeiterinnen und einem in der Fischergasse wohnhaften Arbeiter ab. Diese, die von dem Betrieb des Diebesgutes lebten, wurden wegen Heisterlei festgenommen. Den Einbrechern konnte nachgewiesen werden, daß sie einen Einbruchdiebstahl bei einem in der Krähenstraße wohnhaften Krämer ausgeführt hatten, wobei ihnen diverse Lebensmittel in die Hände gefallen waren. Ferner haben sie nach Zertrümmern einer Säulenherkeibe eines Zigarrenschäffchens in der Schwänkenstraße für etwa 10000 Mark Zigaretten gestohlen. Aus einer bei der Herrstraße befindlichen Gartenbude stahlen sie diverse Kleidungsstücke und Gartengeräte. Einen besonders schweren Einbruch führten sie bei einem Kaufmann in Ahrensstr. aus, wobei sie nach Zertrümmern der Ladenscheibe zwei Rollen Stoffe und eine Handnähmaschine stahlen. An ihren Raub nach Lübeck schiffen zu können, stahlen sie von einem dortigen anderen Grundstück einen großen zweirädrigen Handwagen und fuhren mit diesem das Diebesgut nach hier. Um den Wagen unkenntlich zu machen, wurde er von ihnen mit schwarzer Farbe angemalt.

pb. Wegen Diebstahls einer Brieftasche mit 6500 Mk. zum Nachteil eines in der Köhnenstraße wohnhaften Metzgers wurde ein in der Glockengießerstraße wohnhafter Arbeiter festgenommen. Ermittelt und festgenommen wurde ferner ein Handlungsgehilfe, der hier als Versicherungsinspektor tätig war, der einer in der Gartenstraße wohnhaften Legistin einen goldenen Trauring und seinem Arbeitgeber eine silberne Damenuhr gestohlen hatte. Die Uhr konnte wieder herbeigeführt werden, der Ring war bereits an einen hiesigen Goldschmied verkauft. — Festgenommen wurde ein 23jähriger Schriftfeger von hier wegen Diebstahls von Dachrinnen und Regenrinnen, die er von hiesigen Bauten abgerissen hatte, um sie bei Trüblern zu verkaufen. — Wegen Einbruchdiebstahls zum Nachteil eines Arbeiters in Rüdigh wurde ferner ein 22jähriger Arbeiter aus Wilschelsburg festgenommen.

pb. Sehnsucht nach dem Gefängnis. Um ins Gefängnis zu kommen, hatte ein mehrfach vorbestrafter Arbeiter von hier in der vorigen Nacht mehrere Fensterscheiben in einem Hause der Bedersgrube zertrümmert.

Stadttheater. Im Sonnabend-Abend „Hedwig“ Sonntag: „Lohengrin“. Wir wollen heute schon das Publikum auf die am 19., 21. und 22. November stattfindenden Aufführungen der „Johannislegende“ von Richard Strauß hin. Die Aufführungen der „Johannislegende“ am hiesigen Stadttheater werden einerseits dadurch besonderes Interesse erwecken, als die letzte und gewaltige Schöpfung Rich. Strauß, die ihrer besonderen Schwierigkeit wegen nur an sehr wenigen Bühnen zur Aufführung gelangt, nur mit Aufbietung aller künstlerischen und technischen Mittel möglich ist, andererseits aber darum, weil es gelungen ist, in Ami Schwantinger aus Bern und Sotie Leonien, der zurzeit Gast der Berliner Staatsoper ist, zwei der bedeutendsten Darsteller der Hauptpartien der Johannislegende zu gewinnen. Die Inszenierung leitet der Schweizer Balletmeister Max Semmler.

Vorwerk. Eine Revolutionsfeier findet am Sonntag abend abend 1/8 Uhr bei Lambrecht statt. Referent ist Genosse Göhr. Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen wird erwartet.

Rüdigh-Siems. Eine stimmungsvolle Revolutionsfeier des Sozialdemokratischen Vereins wurde in Dieckmanns Gasthof abgehalten. Sie wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Arbeitergefangenenvereins. Genosse John Lübeck hielt eine mit Beifall ausgenommene, der Bedeutung des Tages entsprechende Ansprache. Dann folgten wieder Liedervorträge des Arbeitergefangenenvereins und des Frauenchors. Die Feier nahm einen würdigen und harmonischen Verlauf.

Seeretz-Dänischburg. Revolutionsfeier. Unsere Ortsgruppen hatten sich im Gasthaus zur Börse zur gemeinsamen Feier Donnerstag zusammengefunden. Der Gefangenverein „Eintracht“ Seeretz-Dänischburg trug unter Leitung seines rührigen Dirigenten das Lied „Empor zum Licht“ vor. Hierauf hielt Gen. Reiberger-Lübeck die Festrede. In großen Umzügen beleuchtete er die früheren Revolutionen, schilderte den Werdegang und die Bedeutung der Novemberrevolution. Mit einem warmen Appell an die Festteilnehmer, auf dem Posten zu sein und für die Partei zu werden, schloß Gen. Reiberger mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Republik. Mit dem anschließend ausgeführt, mit vorgetragenem Norwegischen Freiheitslied war die eigentliche Feier beendet. Man blieb aber noch einige fröhliche Stunden beisammen; es war eine einfache, aber würdige Feier. Eine Kellerfammlung brachte über 800 Mk. ein, die dem Pressefonds und der Seeretz Altershilfe zugutekommen sollen.

Hinweise auf Veranstaltungen, Theater usw.

Das große Abendkonzert kann, wie uns vom Vorstand des Lübeckischen Sinfonie- und Stadttheater-Orchesters geschrieben wird, leider im November nicht stattfinden, da Herr Direktor v. Bonaardt die nötige Genehmigung dem Orchester verweigert. Wir hoffen jedoch, daß sich diese Veranstaltung auf den Dezembermonat verschieben läßt und Herr Direktor v. Bonaardt dazu seine Zustimmung geben wird.

Santa-Theater. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr letzte Aufführung von „Niedermaus“ mit der Balletmeisterin Martha Luise Stolte als Käthe. Sonnabend Erstaufführung der Operette: „Hol mich der Teufel“.

Angrenzende Gebiete.

Seehorst a. d. Elbe. Der Vorstand des Kreisverbandes der Laueburgerischen Landgemeinden hat beschlossen, eine Versammlung der Gemeinden des Kreises auf Sonnabend, den 2. 12. 22 nach Büchen (Gasthof Schulz) einzuberufen, wo über die endlich erfolgte Vereinigung der Spitzenverbände berichtet werden soll, in der Gemeindevorsteher Börs-Wesfeldt über den Zusammenschluß der Gemeinden zu Verbänden sprechen wird, und in der zu den neuesten kommunalpolitischen Aufgaben, wie Wohnungswesen, Jugendpflege, Reichsmietengesetz, Arbeitsnachweis, Schule, Schiffsahrtspflege, Hebmietengesetz und dergleichen Stellung genommen werden soll.

Riel. Preisverzeichnisse und Preisblätter müssen auf Anordnung des Oberpräsidenten in Schleswig-Holstein für alle Lebens- und Futtermittel im Kleinhandelsverkauf angebracht werden. Die angeführten Preise dürfen nicht überschritten werden. Die Abgabe der im Kleinhandel üblichen Mengen an Verbraucher zu den angeführten Preisen gegen Vorkahlung darf nicht verweigert, insbesondere auch nicht von der Entnahme anderer Waren abhängig gemacht werden.

Ruhleben. Ein Dampfer in die Luft geflogen. Der Hamburger Landdampfer „Leopold David“ ist Donnerstag morgen mit seiner Benzinladung auf der Ruhlebener See unter starkem Rauch- und Feuererscheinungen in die Luft geflogen. Der Dampfer ist binnen 10 Minuten gelunken. Von der 17 Mann starken Besatzung sind drei Mann gerettet. Die auf dem Wasser schwimmenden brennenden Benzinmassen erschweren die Rettung. Ueber dem sinkenden Schiff standen drei große Rauchschwaden, untermisch mit den Flammen brennender Gase, die sich bis Angelstraße — vier Kilometer weit — hinzogen. Der Dampfer stand im Augenblick des Sinkens kentrecht und ragte mit dem hinteren Teile aus dem Wasser. Die Explosion war so kräftig, daß vom Rudersteuerrumpf sämtliche Klanken weggerissen wurden, so daß das Rudersteuerrumpf nur noch aus einem Gerippe von Spanten bestand.

Aus aller Welt.

Ein teurer Spritzhummel. Der deutsche Dampfer „Esa“, der vor einiger Zeit im Hafen von Antwerpen eingelaufen ist, hat sich ein teures „Geschäft“ geleistet. Er hat versucht, einige Fässer deutschen Sprits einzuschmuggeln. Die Zollbehörden haben seinen Eigentümer benachrichtigt, daß er wegen Alkoholschmuggels zu einer halben Million Franks Geldstrafe verurteilt worden ist, und die „Esa“ an die Ketten gelegt. Es wird natürlich zu ihrer öffentlichen Versteigerung kommen, da ihr Besitzer wohl schwerlich das Geld haben wird, um die Strafe, die zum mindesten 150 Millionen Papiermark betragen wird, zu bezahlen.

Wir erhalten folgende Berichtigung: Im „Sprechsaal“ der Ausgabe des Lübecker Volksboten vom 6. November 1922 werden mir von Herrn Alfred Dreger Vorwürfe gemacht. Herr Dreger geht von einem falschen Tatbestand aus. Frau Johansson reinigte meine ärztlichen Büroräume. Ihre Lohnforderungen sind stets von mir unbeanstandet bewilligt worden. Eines Morgens, am 17. Oktober 1922, erschien Frau Johansson nicht. Meine Berufswohnung blieb ungeräumt und ungeheizt. Meinem zu ihr gelangten Boten erklärte Frau Johansson, sie habe es nicht nötig, ihr Mann verdiene ja genug, außerdem sei ihr der Lohn zu wenig, sie käme nicht mehr. Hiermit war das Arbeitsverhältnis durch Frau Johansson gelöst und zwar in einer so unangebrachten Weise, daß ich nunmehr keine Veranlassung hatte, irgend welche Beziehungen zu der Familie Johansson aufrecht zu erhalten. Als der Sohn der Frau Johansson, der bei mir als Patient in Behandlung war, nach diesem Vorfall zur nächsten Behandlung zu mir kam, sagte ich ihm, seine Mutter habe mich schände im Stiche gelassen, er möge ihr doch sagen, daß sie ihn in die Behandlung eines anderen Arztes gebe. Dies ist dann auch geschehen. Ich habe hiernach niemals die Ausübung meiner ärztlichen Tätigkeit für den Sohn der Frau Johansson gestattet, weil zwischen Frau Johansson und mir Meinungsverschiedenheiten über die Höhe des Arbeitslohnes bestanden. Frau Johansson hat von mir niemals einen Stundenlohn von 15 Mk. verlangt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Sonderbares Verhalten eines Arztes.

Zur obigen Berichtigung bemerke ich folgendes: Auf Grund einbringlicher Ermahnung hat die betreffende Frau erklärt, daß sie keine Lohnforderung stellte, sondern aus Familienrücksichten der Arbeit fernblieb. Diese Behauptung in meiner Notiz kann ich demzufolge nicht aufrecht erhalten. Das Wesentliche an diesem Fall ist allerdings Herr Dr. B. in seiner Berichtigung selbst zu, nämlich: daß er aus persönlichen Unwillen über das Verhalten der Frau deren schon längere Zeit von ihm behandelten Sohn empfahl, nunmehr einen anderen Arzt aufzusuchen. Das bleibt immerhin ein sonderbares Verhalten.

Dr. med. A. Bonnemunski.

Alfred Dreger.

Keine Denkmalspende.

In der heutigen Zeit der allgemeinen Not wird seitens einer gewissen Gruppe angefordert, Geld für das Denkmal der 162er zu spenden. Mit Denkmälern für die Gefallenen sind wir in Deutschland reich gesegnet. Die Pietät gegen die gefallenen Söhne unseres Volkes in Ehren, doch wenn einer unserer Toten die heutige und vielleicht die Not seiner eigenen Angehörigen sehen könnte, würde er sich fragen, warum unterstützt man unsere in Not geratenen Angehörigen nicht, und ehrt unser Andenken in solcher Weise? Wieviel Not könnte noch gelindert werden, wenn die zu den „Denkmalspenden“ gesammelten Gelder für unsere armen Mitmenschen verwendet würden! Lasset die Toten ruhen und gebt den Lebenden!

Quittung.

Für den Pressefonds gingen ein: R. Römmele 100 Mark. Durch Burmeister, Bauarbeiter 77 M. Restaurant Sumpfring 150 M. Sparklub Johannisburg 218 M. W. Berg 154 M. Lagerhalter Konsumverein Lübeck 2050 M. Arbeiter der Firma Meyer, Baustelle Reinfeld-Oldesloe 1000 M.

Das Parteisekretariat.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Sie husten nun schon wochenlang

und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm echtem Jagolot-Extrakt durch Aufkochen mit 1/4 Pfd. Zucker u. 1/4 l Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmischung selbst herzustellen. Echter Jagolot-Extrakt ist sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10. (9192)

Blitz-Mädel
VON DER SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-RHEINAU

Seifenpulver

In besonderem Verfahren aus reinsten Rohstoffen hergestellt, von stets gleichbleibender lockerer und leicht löslicher Beschaffenheit.

Ämlicher Teil.

Berufung des Bürgerausschusses
am Montag, dem 13. November, nachm. 4 Uhr.
9176) Der Vorsitzende A. Dreger.

Gesetz- und Verordnungsblatt.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 66 vom 10. November 1922 enthält:

Bekanntmachung betreffend Erhöhung des Gehalts und des Vorgesetzten. — Erhöhung des Gehalts zum 1. April für die Schülerröhne vom 29. Oktober 1921, welche bei Verlegung der vom Staats-Lübeck betriebenen oder ausgeliehenen Schleppe-Dampfer auf dem Gibe-Steve-Kanal zu entnehmen sind.
(9200)
Die Staatskanzlei.

Britwallwagenfähre.

Die Verwaltung der Britwallwagenfähre einschließlich Festlegung des Tarifs ist durch Verfügung des Senats vom 18. Oktober 1922 auf die Bundesbehörde übergegangen.

Der Tarif wird vom 10. November 1922 ab erhöht. Die für die laufende Woche oder für den laufenden Monat gültigen Tarifarten behalten ihre Gültigkeit bis zu ihrem Ablauf.

Die neue Verordnung über die Jahrgelberhebung nach dem Tarif sowie der Jahrgelberhebung auf beiden Seiten der Röhre und im Vorraum der Schiffshülle der Schiffe für Travemünde angehängt.
Lübeck, den 9. November 1922.
9184) Die Bundesbehörde.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1921, betreffend die Aufhebung von Sachverständigen- und Aufkaufmannen, ist die Stadt-Ingenieur Hermann Hempelmann, hierzu als öffentlicher Sachverständiger für Schmiede, Brech-, Schweiß- und Blecharbeiten bis zum 31. Dezember 1924 ange stellt und vereidigt worden.
Lübeck, 9. November 1922.
9185) Das Stadt- und Landamt.

Handelsregister.

Am Montag, dem 13. November 1922 ist der Schlachthof für Schlachtungen geschlossen, dafür am Dienstag, dem 14. November geöffnet.
Lübeck, den 9. November 1922. (9186) Die Schlachthofverwaltung.

Am 9. November 1922 ist eingetragen bei der Firma Jagarenfabrik Parke Johannes R. Büschelmann, Lübeck: Die Firma ist erloschen. (9181) Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Durch Ausschlußurteil des unterzeichneten Amtsgerichts vom 8. Oktober 1922 sind die Hypothekendrucke über die im Grundbuch von Lübeck innere Stadt, Blatt 1478, in Abteilung III unter Nr. 8 und 9 für die unverschickte Emma Ida Katharina Schwarz in Lübeck, Kaiser-Friedrichstraße 6, eingetragenen Realkaufhypotheken von je 9000.— Mk. zu Lasten des Grundstücks Wahnstraße 62 für kraftlos erklärt.
(9196)

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Am Sonnabend, dem 11. November 1922, vormittags 11 1/2 Uhr, wird der Kapitän G. Behrman von Segelich „Georgina“ gegen seiner Reize von hier nach Raimö im Gerichtshaus, Zimmer 9, Verklarung ablegen.
Lübeck, den 9. November 1922. (9180) Das Amtsgericht, Abt. II.